



Zeit-Fragen

Wochenzeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Deutschland schwimmt im Geld

zf. Wochenlang wurden nun die Schweizer Bürger nervös gemacht mit der Theorie, Deutschland nage am Staatsbankrott herum und schlage darum so merkwürdig-aggressive Töne an. Nordrhein-Westfalen im besonderen werde in einem Monat das Geld ausgeben; deshalb könne man die Ausfälle von Finanzminister *Walter-Borjan* «aussitzen» und seinen «Unsinn» einfach übergehen.

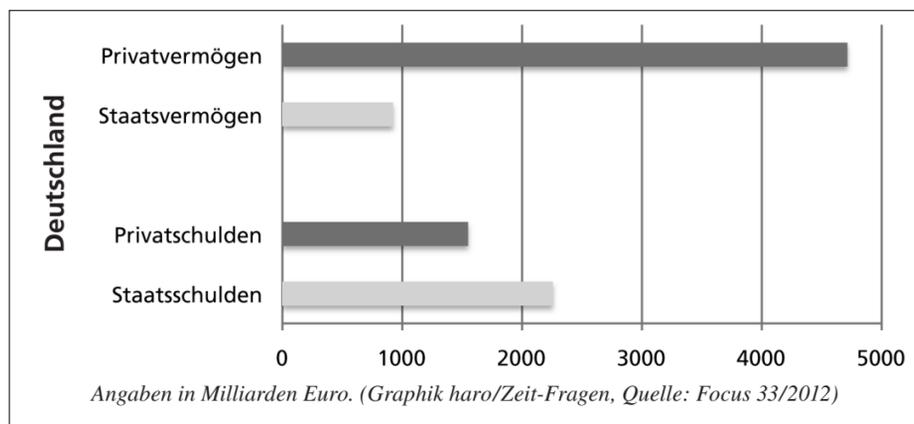
Nun publiziert *Focus* die Zahlen zu Schulden und Vermögen der europäischen Länder. Und siehe da: Deutschland schwimmt im Geld. Frankreich und Italien auch. Deutsche Juristen und Steuerberater haben seit Monaten gesagt, das ganze Affentheater sei künstlich aufgeblasen und habe externe Wurzeln: amerikanischer Auftrag, den die SPD – schon bald süchtig nach Führungsoffizieren – gerne aufgreife. Die US-UK-Koalition werde damit aber auch die BRD «in die Pfanne hauen». Dass *Sigmar Gabriel* vorschlägt, es im Umgang mit dem Nachbarland Schweiz so zu machen, wie die USA es mit der Bank Wegelin

tun, passt dazu. Dass die SPD sich das Parteiprogramm von *Habermas* schreiben lässt und in den letzten vier Jahren keine Zeit gehabt hat, mit ihrer eigenen Basis einen aufbauenden Plan für das eigene Land zu entwickeln, passt auch dazu. Dass die Militärbasis *Altmark* in Sachsen-Anhalt zu Europas grösstem Übungszentrum für das Training zur Aufrührerbekämpfung (CRS) umfunktioniert wird, passt wohl auch. Dass bereits drei deutsche Bundesländer eigene Aussenpolitik gegen die Schweiz betreiben, das auch?

Will Deutschland behaupten, dass es am Zerfallen sei? Quasi eine europäisch-moderne Version eines «failing state»? Eine solche Zirkusnummer werden Frau *Merkel* und ihre ganzen Ampel-Koalitionäre der Welt ja nicht vorspielen wollen. Zu gut werden sie von Amerika und der Grossfinanz betreut, um auf ein solches Niveau hinunterzugehen.

Wo also fehlt es? Vielleicht müssten einige SP-Parteikollegen aus der Schweiz ihren SP-Kollegen in Deutschland, mit denen sie ja

Freundschaften seit ihren Studienjahren verbinden, erklären, dass sie so eine schlechte Figur abgeben. Dass sie schon aus alter «Liebe» zur Basisdemokratie und aus «Verständnis» für die Nöte der europäischen Völker einen konstruktiven Ansatz für die kommenden Wahlen – aber auch für die Lösung der anstehenden Probleme – wählen sollten. Bei einer Staatsverschuldung von 2257 Milliarden Euro für die BRD und einem angesammelten Vermögen in privater Hand (das ja nicht mit Kartoffeln-Pflanzen erarbeitet wurde) von 4715 Milliarden Euro wäre es doch ein leichtes, eine solide Staats-Obligation aufzulegen und die Reichen im eigenen Lande anzusprechen: ob dieses ihr gemeinsames Deutschland es nicht wert wäre, schuldenfrei zu werden und dann mit den anderen Völkern Europas etwas zu entwickeln, was dem europäischen Naturrecht, der personalen Auffassung vom Menschen und der Aufklärung würdig wäre. Das wäre dann etwas Eigenes, etwas Neues, etwas Zukunftsfähiges, etwas, auf das sie stolz sein könnten. Die Schweizer würden erst noch mitdenken und ihrerseits als souveränes Nachbarland einen konstruktiven Beitrag leisten. Um als Land aufzusteigen, und das scheint Deutschland ja zu wollen, komme es darauf an, «whether a political regime gets the connection between good economics and good politics» («ob ein politisches Regime die Verbindung zwischen gutem Wirtschaften und guter Politik bekommt», S. X, Einleitung). Das sagt *Ruchir Sharma*, einer der weltgrössten Investoren in aufstrebenden Märkten für *Morgan Stanley* in seinem neuen Buch zu «Breakout Nations – In Pursuit of the Next Economic Miracles». Ihm zufolge wählt die SPD somit einen reichlich altmodischen Weg.



Sicherheit – ein Standortvorteil der Schweiz

«Wir arbeiten konzentriert und gut»

«Zeit-Fragen»-Interview mit dem Chef der Armee, Korpskommandant André Blattmann

Korpskommandant
André Blattmann
(Bild thk)

thk. Als 1991 die Sowjetunion zusammenbrach und der Warschauer Pakt aufgelöst wurde, glaubte doch so mancher, das Zeitalter des «ewigen Friedens» sei angebrochen: Die Friedensdividende war das Ende aller Kriege eingeläutet worden sei. Heute, 20 Jahre später, sehen viele die Dinge wohl etwas realistischer.

Noch nie war die Welt so unsicher wie heute. Ein Blick in die Tageszeitungen bestätigt uns das. Neben den herkömmlichen Kriegsszenarien, die nach wie vor aktuell sind (vgl. Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien), taucht eine neue Form kriegerischen Vorgehens auf: der Cyber-War. Eine Armee, will sie ihre Aufgabe der Landesverteidigung wahrnehmen, muss sich auf alle möglichen Szenarien einstellen und dazu muss unsere Armee vollständig und gut ausgerüstet sein. In der Schweizer Bevölkerung besteht ein hohes Bewusstsein über diese Fragen. Seit einigen Jahren will – nach einer naiven Phase der Sorglosigkeit – vor allem die junge Generation wieder einen Beitrag zum Schutz von Land und Leuten leisten. Diese Entwicklung ist äusserst erfreulich, denn die Schweiz hat

wahrlich Wertvolles zu erhalten und zu verteidigen.

Im folgenden Interview mit dem Chef der Armee, Korpskommandant André Blattmann, werden diese und noch andere wichtige Fragen der Landesverteidigung zur Sprache gebracht.

Zeit-Fragen: Je problematischer es aussieht in der heutigen Welt, desto mehr wächst das Sicherheitsbedürfnis, vor allem unter Frauen. Aber auch bei der jungen Generation insgesamt ist ein deutliches Umdenken in bezug auf die Armee im Gang. Während vor Jahren noch manche zum Arzt gingen, um ihre Untauglichkeit bestätigen zu lassen, werden die Hausärzte immer häufiger von jungen Schweizern aufgesucht, weil sie eine Untauglichkeit bei der Rekrutierung nicht akzeptieren und tauglich geschrieben werden wollen. Das ist eine erfreuliche Wende für unsere Willensnation Schweiz.

Korpskommandant André Blattmann: Wenn wir zurückschauen, ist zwar die Armee oft kritisiert worden. Heute geht es um die Sicherheitspolitik, und das ist nicht dasselbe. Die Armee steht heute auf festem Boden, wir arbeiten konzentriert und gut. Das Wichtigste ist, dass wir konsolidieren und die Leistung erbringen können, die von uns verlangt wird. Das funktioniert recht gut. Ausser der Konsolidierung ist es für mich prioritär, dass man den Bürgerinnen und Bürgern aufzeigen kann, wie wichtig Sicherheit ist. Wir haben aktuell das Beispiel einer Schweizer Stadt, die auf Grund der Sicherheitslage Absagen von aus-

ländischen Firmen bekommen hat. Die Sicherheitslage ist eigentlich einer der wenigen Standortvorteile der Schweiz. Was im Kleinen auf Stufe Stadt oder Kanton gilt, gilt auch auf Stufe Eidgenossenschaft. Mein Schwerpunkt neben der Konsolidierung ist also, den Bürgerinnen und Bürgern die Bedeutung der Sicherheit und die Rolle der Armee aufzuzeigen. Denn wenn das einleuchtend getan wird, dann versteht man auch, dass es die Armee braucht.

Wo sehen Sie den Schwerpunkt, was die Sicherheit in unserem Land betrifft? Ist in unserer Bevölkerung ein realistisches Bewusstsein da über den Zustand der Welt?

Ich glaube, dass dies noch nicht überall erkannt ist. In Asien hat es Länder, die enorm aufrüsten. Im Gegensatz zu Europa, wo man aus Finanzgründen abrüstet und damit ein Vakuum entsteht, das irgendwann von jemandem ausgefüllt wird. Der ewige Frieden ist sicher nicht ausgebrochen. Aus diesen Gründen müssen wir bereit sein, unsere kritische Infrastruktur zu schützen. Ihr im März 2011 veröffentlichter Artikel «Hackerangriffe auf Zeit-Fragen» ist diesbezüglich ganz wichtig. Ich unterstütze sehr, dass Sie das transparent gemacht haben, weil sehr viele Leute meinen, sie seien davon nicht betroffen. Diese kritische Infrastruktur ist nach einem derartigen Angriff ausser Betrieb. Wen muss man jetzt informieren? Wenn die Steuerung der Trams oder der Grünphase im Strassenverkehr nicht mehr funktioniert, dann bricht der Verkehr zusammen. Weil in der Schweiz normalerweise immer alles funktioniert, wiegt man

SPD-Logik: Warum getrauen wir uns das eigentlich nicht, was sich die Amerikaner getrauen?

jagr.Idu. Die SPD verschärft gut ein Jahr vor der Bundestagswahl ihre Rhetorik mit Blick auf die Schweizer Banken. Der Parteivorsitzende *Sigmar Gabriel* sprach am Sonntag davon, es gebe «organisierte Kriminalität in Schweizer Banken in Deutschland». Die Banken begingen «bandenmässig» Steuerhinterziehung. Dies müsste in Deutschland mit bis zu zehn Jahren Haft bestraft werden, sagte Gabriel im Deutschlandfunk. Der potentielle Kanzlerkandidat der SPD forderte daher, in Deutschland müsse eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft gegründet werden, die gegen Schweizer Banker ermittelt, die an der Steuerhinterziehung durch Deutsche mitwirken. Immer wieder wird Schweizer Banken vorgeworfen, sie würden Schwarzgeld gezielt anlocken und so Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisten. Die Banken weisen dies zurück.

Der Druck auf sie erhöhte sich aber zuletzt auch in den Vereinigten Staaten oder in europäischen Ländern wie Frankreich. In Amerika wurde vor einigen Monaten erstmals eine Schweizer Bank (Wegelin) wegen Mithilfe zur Steuerhinterziehung angeklagt, Ermittlungen gegen die Mitarbeiter mehrerer anderer Institute laufen. «Zu Recht», sagte *Sigmar Gabriel*, «warum trauen wir uns das eigentlich nicht?» Erst in der vergangenen Woche hatte die Staatsanwaltschaft Mannheim ein Strafverfahren gegen Mitarbeiter der UBS wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung im Februar eingestellt.

Am Wochenende sagte derweil die Schweizer Finanzministerin *Eveline Widmer-Schlumpf*, sie habe keine Hinweise darauf, dass deutsche Geldanleger in nennenswertem Umfang Geld aus dem Land abzögen. Die Debatte war aufgekommen, weil es im Zusammenhang mit den Datenkäufen durch Nordrhein-Westfalen geheissen hatte, die Fahnder hätten in UBS-Unterlagen auch eine «Papierspur nach Singapur» und Schulungsmaterial zu Transfers von Schwarzgeld ins Ausland entdeckt. Die Banken seien aber verpflichtet, solche Transfers aus rein steuerlichen Gründen zu verhindern, sagte *Widmer-Schlumpf* in Interviews mit zwei Zeitungen. Die UBS teilte auf Anfrage mit, seit Ankündigung des deutsch-schweizerischen Abkommens über die Abgeltungsteuer im Herbst 2011 habe die Bank keine Zunahme von Anfragen nach Vermögensverlagerungen verzeichnet. Weiter schreibt die Bank: «Vermögensstransfers, die den Zweck des Abkommens torpedieren, werden nicht vorgenommen.» Andererseits hatte der ehemalige UBS-Chef *Oswald Grübel* noch im April gesagt, dass die Schweiz seit eineinhalb Jahren Geld auch nach Singapur verliere. *Widmer-Schlumpf*, die das Steuerabkommen mit ihrem deutschen Amtskollegen *Wolfgang Schäuble* ausgehandelt hatte, kritisierte in den Interviews, Hauptziel der veröffentlichten Informationen in Deutschland sei, «Verunsicherung zu streuen». [...]

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.8.2012. © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt.

sich schnell in Sicherheit und denkt, man sei davon nicht betroffen. Daher ist dies ein gutes Beispiel. Die meisten Firmen machen solche Vorgänge nicht publik, denn man möchte nicht, dass die Öffentlichkeit erfährt, dass etwas nicht stimmt. Mit solchen Beispielen muss man den Menschen die Gefahren begreifbar machen. Sie realisieren dann, dass so etwas viel öfter vorkommt, als sie meinen.

Vor wenigen Tagen meldete die «FAZ», dass nach *Stuxnet* nun bereits eine vierte Malware (Schadprogramm) mit Namen «Gauss» im Umlauf ist. Könnte die Schweiz mit so etwas auch erpresst werden?

«Sicherheit – ein Standortvorteil ...»

Fortsetzung von Seite 1

Computerwürmer wie *Stuxnet* oder *Gauss* sind eine Realität, die nicht vor den Landesgrenzen der Schweiz haltmacht.

Müssten nicht Informatiker-Kompanien gebildet werden? Da würden doch die Jungen mit Begeisterung mitmachen.

Diese Spezialisten haben wir bereits, bei der Führungsunterstützungsbasis der Armee respektive der Luftwaffe, zu welcher die RS [Rekrutenschule] für Elektronische Kriegführung gehört. Die Begeisterung der Jungen für dieses Thema ist eine Tatsache!

Weiss man, ob solche Malware als «Schläfer» in unseren Systemen plaziert ist? Energieversorgung, Spitäler, Verkehr, Banken usw. – das hätte ja verheerende Folgen bei einem «Blackout».

Wie gesagt: auch die Systeme der Schweiz können davon betroffen sein.

Wenn wir die gesamte Sicherheitslage auch in Europa anschauen, dann müssen wir feststellen, dass Dinge geschehen, die wir uns vor vier Jahren noch nicht hätten vorstellen können. Ein Beispiel: Die Wirtschaftslage in Europa ist ein Risiko, was sich auch auf die Sicherheitslage auswirkt. Wenn die Menschen anfangen zu verzweifeln, wie wir es in Südeuropa sehen, dann ist das der Anfang einer Abwärtsspirale, die sehr gefährlich werden kann. Wir müssen nicht so weit zurückschauen, um zu sehen, was geschehen kann, wenn die Menschen in Europa unzufrieden sind. Ein zweites Beispiel: Wir können die Entstehung nationalistischer Regime beobachten, die sagen, dass die anderen an der eigenen Unfähigkeit Schuld sind. Das sind alles Risiken für die künftige Entwicklung.

Vor bald drei Jahren hat Bundesrat Maurer gesagt, wir kaufen keine Flugzeuge, wir haben kein Geld. Damals hatte die Armee 3,7 Milliarden zur Verfügung gehabt. Am 25. September bewilligte im Gegensatz dazu das Parlament 5 Milliarden. Man kann also dem Parlament überhaupt keinen Vorwurf machen, aber es brauchte einiges an Überzeugungsarbeit. Seit dem letzten Herbst haben wir ein neues Parlament. Das müssen wir jetzt wieder überzeugen. Das ist auch unsere Aufgabe.

Ich bin überzeugt, dass das gelingt. Schwierig ist hingegen, wenn ständig die Vorgaben geändert werden: Das Parlament hat sich entschieden, der Armee 5 Milliarden Franken zur Verfügung zu stellen. Nachher entscheidet der Gesamt-Bundesrat, es gebe nur 4,4 Milliarden Franken für eine Armee mit 100000 Angehörigen. Was gilt am Schluss? Klar ist: Ich bekomme den Auftrag von der Politik. Wir müssen uns auf beides einstellen.

Die Reform «Armee XXI» war ein schwerer Aderlass für unsere Armee. Wie kann die Armee unter diesen Umständen weiterhin ihren in der Verfassung verankerten Auftrag der Landesverteidigung übernehmen?

Ein Massenheer ist heute nicht unser Ziel. Wir haben eine kleine Armee, wenn wir von 100000 Mann ausgehen. Das bedeutet, dass immer nur rund 5000 Angehörige der Armee gleichzeitig im Dienst sind. Es ist eine kleine Armee, aber wenn sie in den Einsatz muss, dann ist sie massgeschneidert. Das ist der grosse Vorteil bei der Bewältigung einer breiten Palette von Risiken. Ich habe lieber nur 100000 Armeeingehörige, aber dafür richtig ausgerüstet. Das ist für mich eine Frage der Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit gegenüber der Bevölkerung, aber auch gegenüber der Politik. Wir sparen durch die Reduktion fast 1,5 Millionen Dienstage. Das entlastet die Wirtschaft und ist ein Kompromiss, den ich mittragen kann. Weniger als 100000 Mann wäre nicht mehr seriös.

Wie können wir mit 100000 Armeeingehörigen unsere neuralgischen Punkte wie Atomkraftwerke, Staumauern, Flughäfen, Bahnhöfe usw. schützen?

Mit 100000 können wir nicht schweizweit alles schützen. Man muss entscheiden, was besonders gefährdet ist. Man wird quasi einen Kreis um das Objekt ziehen, der hin und wieder Lücken hat. An diesen Stellen kommen elektronische Mittel zum Einsatz. Da müssen wir den optimalen Mix finden. Im Moment haben wir ein Gleichgewicht zwischen denkbaren Szenarien und unseren geeigneten Gegenmassnahmen.

Unsere Armee funktioniert, obwohl wir einen grossen Personal- und Materialabbau zu verzeichnen haben. Wie ist das möglich?

LESER  BRIEF

Warum hat der Bund kein Geld für den verfassungsmässigen Sicherheitsauftrag?

«Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes». Auf die Bundesverfassung, wo diese Aufgaben an erster Stelle stehen, schwören alle Bundesräte und eidgenössischen Parlamentarier.

Dazu einige Feststellungen:

Der Bundesrat will die bereits seit Ende des letzten Jahrhunderts von der politischen und militärischen Führung weitgehend zerschlagenen und vom Parlament auf 100000 Mann weiter reduzierte Armee noch mehr schwächen, weil der Bund kein Geld dafür habe.

Gleichzeitig hat derselbe Bundesrat 1,75 Milliarden gefunden, um den Kredit für die Entwicklungshilfe auf 11,35 Milliarden Franken zu erhöhen, und der Nationalrat hat ihn schon durchgewinkt.

Es gibt viele Regierungen, die – wie unsere Bundesverfassung – zu Recht die Gewährleistung der äusseren Sicherheit als erste Aufgabe des Staates sehen. Einige rüsten deshalb atomar auf und geben für nukleare Sprengköpfe und Trägersysteme riesige Summen aus. Dafür fehlen dort dann für fundamentale zivile Aufgaben, wie die Bekämpfung der Armut, die Mittel.

Da springt die Schweizer Entwicklungshilfe ein. Allein von 2010–2012 hat sie 106,5 Millionen Franken in den Atommächten Indien, Pakistan und Nordkorea ausgegeben. Es ist verständlich, dass die Regierungen dieser Länder der Schweiz sehr dankbar sind, denn so können sie die dadurch gesparten Mittel in ihre atomare Rüstung stecken.

Ist es nicht zutiefst schockierend, dass der Bundesrat und das Parlament einerseits über die Entwicklungshilfe andere Länder beim

Aufbau einer gigantischen atomaren militärischen Schlagkraft finanziell unterstützen, aber andererseits für eine glaubwürdige, vergleichsweise wesentlich bescheidenere Schlagkraft der Schweizer Armee zur Erfüllung des Verfassungsauftrages keine genügenden Mittel bereitstellen?

Auch Deutschland unterstützt die atomare Aufrüstung. Es subventioniert die zahlreichen U-Boote, die es für Israel baut, und dieses rüstet sie dann mit atomaren Waffen aus. Ein Grund mehr dafür, dass die Schweiz Deutschland beim Einziehen von Steuern helfen muss.

Wird der jetzige Friede in Europa wirklich ewig dauern, und brauchen wir deshalb keine glaubwürdige Landesverteidigung mehr, wie der Bundesrat und das Parlament meinen? Deren Wiederaufbau würde viele Jahre brauchen. Wird unser Volk erst erwachen, wenn das Haus schon brennt?

Die Entwicklungshilfe der Schweiz, vieler anderer Länder und der «Weltgemeinschaft» dauert nun schon mehr als 50 Jahre, und viele hundert Milliarden Franken wurden dafür ausgegeben. Können uns die Führer der Entwicklungsindustrie sagen, wie viele weitere Jahrzehnte nötig sind, bis die unterstützten Länder auf eigenen Füissen stehen können?

Und schliesslich, welche Entwicklungshilfe hat bewirkt, dass China innerhalb von nur 30 Jahren zu einer führenden Wirtschaftsmacht wurde? Welche Entwicklungshilfen haben Brasilien, Japan, Taiwan, die ehemaligen armen Kolonien Malaysia und Singapur zu wirtschaftlichen Schwergewichten gemacht? Welche Entwicklungshilfe hat die Schweiz, welche Deutschland entwickelt?

Gotthard Frick, Bottmingen

Will Deutschland gegen die eigene Bevölkerung kämpfen?

«Deutschland bereitet sich vor: Soll gegen die eigene Bevölkerung gekämpft werden? In aller Heimlichkeit entsteht auf einem der grössten deutschen Truppenübungsplätze Altmark in Sachsen-Anhalt auf 232 km² (!) Europas grösstes Übungszentrum für das Training zur Aufruhrbekämpfung (CRS). Speziell im Fokus: das Üben der Niederschlagung von Aufständen der Bevölkerung. Um grösstmögliche Realität zu erreichen, wird eine Geister-

stadt mit über 500 Gebäuden auf einer Fläche von 6 km² für über 100 Millionen Euro gebaut. So sollen Industrieanlagen, eine Anbindung an ein Stück fiktiver Autobahn und ein Flugplatz mit 1700 m Graspiste im Projekt einbezogen sein. Die Bundeswehr als verantwortliche Bauherrin will noch in diesem Jahr mit dem Bau der Geisterstadt beginnen.»

Quelle: *Vertraulicher Schweizer Brief Nr. 1331 vom 10.8.2012*

Gestern habe ich die Schiessanlage Reppischtal im Kanton Zürich besucht in Begleitung eines pensionierten Brigadiers. Er hat die Effizienz dieser Anlage gelobt und festgestellt, dass es zu seiner Zeit parallel immer noch sehr viele Nebenarbeitsplätze gegeben habe und nur eine Gruppe geschossen hätte.

Heute hat es Plätze mit automatischen Scheiben, das geht viel schneller. Die Effizienz mit Simulatoren, mit der Elektronik ist enorm verbessert worden. Trotz der Reduktion sind unsere Soldatinnen und Soldaten immer noch sehr gut ausgebildet. Und da gibt es keine Abstriche. Wenn unsere Soldaten in den Einsatz müssen, haben wir die Gewähr, dass sie sehr gut ausgebildet sind. Die Simulatoren, die wir haben, sind sicherlich etwas vom Besten, was es gibt. Vor ein paar Wochen habe ich den deutschen Generalinspekteur getroffen, und er war beeindruckt davon, was wir zur Verfügung haben. Von Deutschland, einem Land, das selbst viele Soldaten im Ausland im Einsatz hat, ist es interessant zu hören, wie sie das beurteilen. Wir haben verabredet, dass wir unsere Erfahrungen im Ausbildungsbereich austauschen werden. Ich gehe davon aus, dass wir von den Erfahrungen der anderen lernen können.

Die Qualität unserer Leute ist ausgezeichnet, und deshalb bin ich ein konsequenter Verfechter der Wehrpflicht und der Milizarmee. Diese gute Qualität kann man nur so erreichen. Als Chef der Armee bin ich die Beschwerteinstanz, wenn ein Bürger keinen Dienst machen darf und er dagegen rekurriert. Täglich unterschreibe ich Entscheide, welche dienstwilligen Bürgern den Militärdienst verwehren – es sind häufig Bürger, bei denen dieser Entscheid äusserst bedauerlich ist.

Kann man sagen, dass es heute wieder mehr junge Menschen gibt, die ihren Dienst leisten möchten, auch im Bewusstsein, was man zu verlieren bzw. zu verteidigen hat: unser einmaliges Staatswesen mit der direkten Demokratie zum Beispiel? Sieht man hier eine Entwicklung?

Das kann man klar mit einem Ja beantworten. Das korrespondiert auch mit der ETH-Studie, die vor ein paar Wochen veröffentlicht wurde. Dort war 1999 bei den 20- bis 29-jährigen keine Mehrheit mehr für die Armee. Jetzt sind wir bei 63 Prozent, letztes Jahr waren es sogar 69 Prozent von den Jungen, bei der älteren Generation ist die Zustimmung viel höher. Wenn man sieht, dass sich heute ²/₃ der Jungen zur Armee bekennen, dann ist das meines Erachtens eine fundierte wissenschaftliche Antwort auf Ihre Frage.

Wechseln wir auf das aktuelle Thema «Tiger»-Ersatz oder mit anderen Worten, Kauf des «Gripen». Es gibt ein Angebot von

Schweden, bis der neuste Gripen verfügbar ist, bekommt die Schweizer Armee ein Ersatzflugzeug. Ist das eine gangbare Variante? Diese Frage müssen wir in den Gesamtrahmen stellen. Wir haben jetzt 33 FA/18, ein sehr gutes Flugzeug. Eines der besten in Europa. Jetzt ist die Frage: Können wir die Zeit, bis der neue Gripen da ist, mit der Zwischenversion, die in Libyen mit grossem Erfolg im Einsatz war, überbrücken? Dem stimme ich zu. Alles, was besser ist als der Tiger, ist ein Vorteil. Auch Bundesrat Maurer, der dieses Konzept mit der schwedischen Verteidigungsministerin besprochen hat, sagt, dass man diesen Vorschlag unbedingt anschauen muss. Natürlich muss man die Kosten beachten. Aber alles, was die Sicherheit erhöht, ist für mich im Grundsatz gut. Was man schnell vergisst. Vor drei bis vier Jahren haben wir klar gesagt, das neue Flugzeug soll zwischen 2015 und 2020 einsatzbereit sein. Wir liegen also im zeitlichen Rahmen. Mit der Zwischenversion würde uns das natürlich Zeit geben, um auch die Piloten dafür auszubilden. Zuerst müssen wir die Piloten auswählen, dann müssen sie das System kennenlernen. Das gleiche gilt auch für die Bodencrew. Die Übermittlung muss klappen, die elektronischen Sensoren müssen angepasst werden usw.

Als man sich vom VBS her für den «Gripen» entschieden hatte, wurde das zunächst positiv aufgenommen, natürlich weniger von der Konkurrenz. Dann haben die grossen Medien eine regelrechte Kampagne gegen den bundesrätlichen Entscheid geführt. Dazu gehört ein Artikel in der «Sonntagszeitung», der von 99 Mängeln gesprochen hat. Das war eine massive Kritik, dass der «Gripen» den Ansprüchen nicht genügen könne. Er sei nur ein VW und kein Rolls-Royce und ähnliches. Das VBS hat, so schien es, in der Situation dieser Kritik wenig entgegengesetzt. Die Vorwürfe sind im Raum stehengeblieben und nicht klar ausgeräumt worden.

Ich bin zusammen mit meinem Kommunikationsbeauftragten bei der Gesamtreaktion der *Sonntagszeitung* gewesen. Dort hat der Research-Chef der *Sonntagszeitung*, Dr. Zihlmann, gesagt: «Wenn Sie wollen, schreibe ich in einem Kommentar in der *Sonntagszeitung*, dass der Gripen eine gute Wahl ist. Aber, und damit sagte er genau auch das, was Sie sagen: «Es gab und gibt Risiken. Warum kommunizieren Sie das nicht?» Das war uns eine echte Lehre. Bundesrat Maurer hat sich der Sache angenommen und klar gesagt, dass es so nicht gehe. Es werden Anfragen gestellt, und man gibt keine Antworten. Daraufhin haben wir beschlossen, dass wir von Zeit zu Zeit Journalisten einladen müs-

Fortsetzung auf Seite 3

Cyber-War

Auftraggeber für den neuen Computer-Schädling «Gauss»: Amerika und Israel

«Gauss» sammle auf den infizierten Computern die Browser-Historie ein, Einstellungen des Systems, Cookies und Passwörter.

Der Verfasstheit nach ähnele «Gauss» dem Schädling «Rame», dessen Entwickler bekanntlich mit jenen des Wurms «Stuxnet» zusammengearbeitet hätten.

Daher stamme «Gauss» offensichtlich von denselben Entwicklern und müsse – darauf deuteten auch seine Eigenarten – von einer staatlichen Stelle ausgehen. Innerhalb eines Jahres habe man somit zum dritten Mal ein Schadprogramm entdeckt, das offenbar in staatlichem Auftrag zur Online-Spionage eingesetzt werde. Der Nahe Osten erweise sich dabei als «Epi-

zentrum» der Datenspionage. Da «Stuxnet» inzwischen direkt mit den Vereinigten Staaten und Israel in Verbindung gebracht wird, legen die Ausführungen des russischen Sicherheitsunternehmens Kaspersky unweigerlich den Schluss nahe, dass auch die Auftraggeber von «Gauss» dieselben wie bei «Harne» oder «Stuxnet» seien: Amerika und Israel. «Gauss» erschiene damit nach «Stuxnet», «Flame» und «Duqu» als viertes Schadprogramm einer Operation amerikanischer Stellen, die angeblich unter dem Codenamen «Olympic Games» steht.

Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.8.2012*

Wider die Anti-Historiker

Christian Favre, Verfasser des Buches «La Suisse avant et pendant la Seconde Guerre mondiale», stellt die Schweizer Geschichte vom Kopf wieder auf die Füsse

ts. Während die Kriegsrhetorik gegen Iran durch Israel immer schriller wird und die Obama-Administration droht, israelische Kampfjets durch saudische abschiessen zu lassen – offensichtlich stört der angedrohte Krieg die grössere Planung der verbliebenen Weltmacht und passt nicht in die Pläne des Imperiums –, währenddessen taumelt die EU von einer Krise in die andere, gebärdet sich dabei immer diktatorischer und tritt den Volkswillen mit Füssen. Nach der Rothschild-Rockefeller-Hochzeit sind überall Adlaten zu sichten, welche die Pläne der Hochfinanz zur gnadenlosen Schröpfung der Steuerzahler den Bürgern auch in Europa aufzwingen wollen. Die Bankentyrannie geht dabei soweit, dass nach dem Vorbild USA, wo Goldman Sachs staatliche Aufgaben wie das Führen von Gefängnissen, Gesundheitsvorsorge, Schule etc. übernommen hat, die Demokratien, oder das, was davon übriggeblieben ist, in erschreckender Geschwindigkeit Richtung Aktiengesellschaften inklusive Shareholder-Value-Mentalität transformiert werden sollen. Dass zu diesem Zwecke die Schutzvorkehrungen, welche sich die Bürger der verschiedenen Nationen in Europa seit dem Westfälischen Frieden 1648 und der Aufklärung erkämpft haben, nämlich der souveräne, unantastbare Nationalstaat, dass dieser Schutzwall gegen Ausbeutung durch die Gier oligarchischer Machteliten geschleift werden soll, ist tagtäglich und allüberall zu spüren. Sei es durch das Konzept der Metropolitanräume, der Naturparks, der sogenannten Förderung des ländlichen Raumes und grenzübergreifender sogenannter Euro-Regionen, der geplanten Entleerung ganzer Landstriche durch das heimliche Herankarren von Grossraubtieren wie Wolf und Bär, nicht zuletzt aber auch durch die Ökonomisierung der Schulen und des Bildungswesens – und: durch die Umschreibung der Geschichten der Länder zwecks Entfremdung der heranwachsenden Generation von der eigenen Geschichte, damit eine gesichtslose uniforme Masse von Untertanen mit rudimentärem «Basiswissen» den Moloch EU von Rothschild/Rockefellers-Gnaden nicht mehr zu hinterfragen wagt.

Als 5. Kolonne und nützliche Idioten finden sich immer im Geiste eines «economic hit man» à la John Perkins rekrutierte Ehrgeizlinge, die ihr Hirn an die Geld-Elite verkaufen und sich dafür mit Lehrstühlen für Geschichte belohnen lassen. Die wirklich seriösen Historiker haben das Nachsehen und bekommen noch nicht einmal ihre Habilitationsschriften entgegengenommen und gelesen, geschweige denn inhaltlich gewürdigt. In der Schweiz ist die Situation diesbezüglich besonders beschämend, denn hier hat eine Truppe von heimatmüden und gekauften Bergier-Historikern das Sagen, wer die akademischen Weihnen an Junghistoriker ver-

Die ursprüngliche Geschichte der Schweiz

von Christian Favre

Der letzte Artikel von Catherine Cossy in der Zeitung «Le Temps» vom 31. Juli hat mich zu einer Reaktion veranlasst. Seit einigen Jahren erleben wir in der Tat eine ständige Infragestellung der grundlegenden Geschichte der Schweiz, die nicht mehr auf die Kämpfe der Urkantone Bezug nehmen darf, sondern einzig auf den Willen der Städter, im besonderen auf denjenigen der aus der Französischen Revolution hervorgegangenen Revolutionäre, und natürlich auch auf den Willen Napoleons. Stimmt das? Glauben Sie ernsthaft, dass ohne diesen steten Kampf der Schwyzer und ihrer Nachbarn um ihre Freiheit, nicht nur gegen die Habsburger, sondern auch gegen die lokale, weltliche und kirchliche Lehensherrschaft, dass also die Städter – ohne diesen Kampf, ohne diese Beispiele – das gleiche gemacht hätten? Das ist aus einem einfachen und einzigen Grund völlig ausgeschlossen: Die Städter, beispielsweise die Berner, waren nicht geeint und waren von den Bauern abhängig, von den Bauern, die von diesen Städtern ständig bedroht wurden, was schliesslich zum Bauernkrieg führte. Wenn die Urkantone Erfolg hatten, dann war es genau, weil sie geeint waren und kaum charismatische Anführer hatten. Der Bundesbrief von 1291, der Rütlichswur oder auch Wilhelm Tell sind dabei nicht entscheidend, was Tatsache ist, das sind die vielen Schlachten, die vielen gewonnenen Schlachten. Dies war ein erfolgreicher Befreiungskrieg, Punkt. Und dies ist der Grund, dass die Schweizer den 1. August feiern.

Ohne diese ursprünglichen Kämpfe gäbe es heute keine Schweiz. Das ist mein Standpunkt, aber es ist nicht derjenige der heutigen Historiker – wirklich von allen?

Kommen wir noch auf die Rolle Napoleons zu sprechen, den man heute uneingeschränkt glorifiziert. Napoleon war aber in erster Linie ein absolut imperialistischer Kriegsherr, bevor er sich den Schweizern gegenüber später auch rücksichtsvoll zeigte, die er zuvor jedoch unterworfen hatte. Ja, das Resultat grenzte fast an ein Wunder, das stimmt, aber zuvor – und das will man nicht wahrhaben – war die Schweiz*, vor allem der deutschsprachige Teil, völlig ausgeplündert worden und litt derart an Hunger, dass ihr von ausserhalb geholfen werden musste. Ja, Napoleon wollte autonome Kantone, aber weshalb wohl? Aus Altruismus? Wo denken Sie hin! In Wirklichkeit hatte er eine Heidenangst davor, dass sich die Schweizer – und er kannte sehr wohl ihren Kampfgeist – zusammenschließen könnten, um eine geeinte und starke Armee auf die Beine zu stellen. Das war es, was er vor allem befürchtete. Aber schliesslich hat er, ohne es selbst zu wollen, die beste Lösung gefunden, damit sich ein Land zusammen behaupten kann: es zu teilen. Deshalb entstanden in der Schweiz kein deutschsprachiger oder französischsprachiger Block, sondern kleine Einheiten, die sehr wohl fähig sind, sich in Friedenszeiten zu streiten und sich bei drohender Gefahr zu einen, wie dies während des Zweiten Weltkrieges der Fall war.

Schlussfolgerung: Die Geschichte muss diskutiert und darf niemals indoktriniert werden – dies gilt auch für meinen eigenen Standpunkt.

Quelle: Histoire militaire de la Suisse, Hefte 1 bis 4, verschiedene Historiker.

(Übersetzung Zeit-Fragen)

* aktuelles Territorium/Gebiet der Schweiz

leihen darf: nur handverlesene imperiumshörige Swiss-Basher, also Ehrgeizlinge, welche willfährig die Geschichte der Schweiz in den Dreck ziehen, pardon, «dekonstruieren», werden auf die Lehrstühle gehievt und bekommen in den gekauften und gleichgeschalteten Medien und dem De-Weck-Fernsehen Raum und Zeit offeriert für ihr zersetzendes, schäbiges Gesalbadere.

Einer dieser unrühmlichen und mehr als peinlichen sogenannten Schweizer-Geschichts-Experten, dessen Buch zur Geschichte unseres Landes leider in aufdringlicher Manier zum Kaufe feilgeboten wird, ist der mit einer Professur in Heidelberg – armes Heidelberg! – ausgestaffte Thomas Maissen. Sein Machwerk kommt einer Keulung, oder soll man besser sagen, einer Abschachtung all dessen gleich, was die Schweizer Geschichte eben gerade auszeichnet: Man mag die dümmlichen, jeder historischen Realität Hohn spre-

chenden, dem einzigen Ziele dienenden Ausführungen Maissens, die Schweiz sturmreif zu schiessen für die Eingliederung ins Imperium, man mag diese Verdrehungen und Unterstellungen, jüngst in der Zeitung «Le Temps» vom 31. Juli, fast nicht wiederholen. «Die Schweiz als künstliches Konstrukt» – als ob der kommunalistische Forschungsansatz nicht vorhanden wäre, das Entstehen staatlicher Strukturen in der Schweiz aus den Genossenschaften heraus nie erforscht worden wäre –, «Napoleon als grosser Retter» – als ob sein imperiales Wüten, Morden, Brandschatzen und Vergewaltigen nie stattgefunden, die Waisenkinder von Stans nicht existiert hätten, Anker und Pestalozzi Hirngespinsten aufgegessen wären – nur Zürich und Bern, damit also die urbane Schweiz, hätten im 14. Jahrhundert das Fortbestehen der Bündnisse der Eidgenossen gesichert – als ob nicht die einzigartige Verbindung von städtischen und

ländlichen, genossenschaftlich organisierten Gemeinwesen die Grundsubstanz für die spätere direkte Demokratie geliefert hätten, was die ganze Welt weiss und schätzt und uns darum beneidet. Nein, Maissen passt auch der Föderalismus nicht, weswegen er ein Bild abdrucken lässt und kommentiert mit der Überschrift «Die alten Kantone unter dem Schutz des Imperiums», des Reichs. Eine klassische unhistorische Instrumentalisierung eines vergangenen Kampfes der Kantone gegen den Kaiser, welche in den Schwabenkriegen de facto und dann im Westfälischen Frieden de jure die Unabhängigkeit vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation brachte. Aber wenigstens ist hier Maissen so plump, dass seine ganze Auftragsarbeit sich verrät: Die Schweiz soll auch heute wieder unter das Joch des Imperiums! Nicht jeder ist so, wie soll man dem sagen, offen, plump, unbedarft, abgefeimt, voller Chuzpe, sein ideologiegeleitetes Geschichtsbild gerade selber zu entlarven. Wohl ganz nach dem Motto von Leo Strauss, dem Urvater imperialer Winkelzüge: Da die Menschen zu blöde sind, brauchen sie Lügen, sie brauchen auch Ausbeutung, denn die Wahrheit würden sie nicht ertragen.

Es ist Christian Favre hoch anzurechnen, dass er immer wieder, nebst seinem hervorragend verfassten Buch über die wirkliche Schweizer Geschichte, in welcher er die Bergier-Lügen richtigstellt, antritt gegen die Gift und Galle speienden Anti-Historiker. Der nebenstehend abgedruckte Text von Favre ist eine Reaktion auf ein Interview von Catherine Cossy mit besagtem Thomas Maissen in der oben erwähnten Zeitung «Le Temps» vom 31. Juli, mithin also zum Nationalfeiertag – ein Unding an sich, man denke nur, andere Nationen würden zu ihrem Nationalfeiertag, z.B. die USA, Frankreich, Grossbritannien, Israel, Russland usw., die Spalten der Medien einigen ihr Land hassenden Fremdbezahlten öffnen. In den USA, welches sich seit 9/11 im selbstdefinierten Krieg befindet, wäre dies wohl mehr als Landesverrat.



ISBN 978-2-35508-841-4

«Sicherheit – ein Standortvorteil ...»

Fortsetzung von Seite 2

sen. Dann können wir ihnen mitteilen, welche Verbesserungsmassnahmen bereits umgesetzt sind und an welchen wir noch arbeiten. Da braucht es Transparenz. Ich finde es sehr bedauerlich, dass das so geschehen ist. Ich bin überzeugt, dass der Gripen für uns die einzige sinnvolle Lösung ist. Es erfüllt das, was wir brauchen, und kostet so viel, wie wir uns leisten können. Noch etwas zu dem Artikel in der SonntagsZeitung: Es wurden offensichtlich aus dem Protokoll einer Kommissions-sitzung Bruchstücke wiedergegeben, mit der Aussage, dass das Flugzeug in der Variante von 2008 ein stumpfes Messer sei. Es wurde aber nicht wiedergegeben, dass die ergriffenen Massnahmen geeignet seien, das Flugzeug dort hinzubringen, wo wir es haben möchten. Gesamthaft hätten wir sagen müssen, dass wir ein Flugzeug wollen, das noch in der Entwicklung steckt, das Risiko aber vertretbar ist. Es war falsch, den Eindruck zu vermitteln, dass es das Flugzeug in dieser Form schon gebe. Das war unser Fehler. Wir erstellten eine Liste mit Massnahmen, aber inzwischen wurden Fortschritte gemacht. Zum Beispiel das neue Radar. Das kommt in

die neuen Flugzeuge, das ist das Beste, was es derzeit gibt.

Das Triebwerk war auch in Diskussion ...

Ja, genau. Auch hier gibt es ein Triebwerk von Boeing. Das ist das gleiche wie im neueren FA/18. Auch das ist ein Vorwurf gewesen. Der Gripen sei langsamer als der FA/18. Aber der FA/18 ist auch langsamer als die Mirage III, die flog doppelte Schallgeschwindigkeit. Aber das ist heute unnötig. Die Lenkwaffen sind schneller, und das Radar hat einen grösseren Radius. Das muss man den Bürgern erklären, das ist unsere Kommunikationsaufgabe.

Wie ist die Zusammenarbeit mit Schweden in militärischen Belangen? Hat Schweden immer noch die neutrale autonome Position? Inwieweit ist Schweden auch schon eingebunden?

Schweden versteht sich selbst immer noch als «nicht blockgebunden». Ein Nato-Beitritt kommt für sie definitiv nicht in Frage. Der schwedische Armeechef war im Frühling hier und hat klargemacht, dass es für sie diesbezüglich überhaupt keine Diskussion gibt. Schweden ist Mitglied der EU. Das gibt ihnen einen Zugang zu anderen Staaten. Schweden ist ver-

gleichbar mit der Schweiz, nicht vom Land her, aber von der Armee. Die schwedische Armee hat viele Systeme, die wir auch haben. Sie haben Probleme bei der Erneuerung ihrer Artillerie. Sie sind im Moment daran, das zu verbessern. Dann macht Schweden Einsätze in der Friedensförderung. Hier besteht bereits eine Zusammenarbeit, von der wir profitieren können. Auch gibt es uns die Möglichkeit, wenn es die Politik will, zusammen einen Einsatz durchzuführen. Da können wir sehr viel lernen. Schweden verhält sich in der Nordic-Battle-Group sehr clever. Schweden, Finnland und Norwegen – letzteres ist zwar ein Nato-Staat, aber kein EU-Staat – arbeiten bilateral oder trilateral gut zusammen und können sich bei ihren Aufträgen gut ergänzen. Es ist auch ein Kostenfaktor, wenn man sich auf etwas konzentriert und Aufträge miteinander durchführt.

Laut der ETH-Studie sind 95 Prozent der Bevölkerung für die Beibehaltung der Neutralität und 93 Prozent wollen, dass die Schweiz auf Grund ihrer Neutralität in Konfliktfällen Vermittlungsaufgaben übernimmt. Irgendwo steht dieser vom Volk vertretenen Neutralität die Mitgliedschaft der Nato-Unterorganisation PfP entgegen. In der Mitte der 90er

Jahre haben die Bundesräte Cotti und Ogi unser Land in diese Organisation geführt, ohne das Parlament geschweige denn das Volk zu fragen, und somit besteht faktisch eine Verbindung zu dieser Nato. Als neutraler Staat wäre es geboten, sich von der Nato und damit auch der PfP fernzuhalten. Wie ist das, wird das in der Armee-Führung diskutiert?

Wir sind in der PfP wirklich nur sehr bescheiden dabei. Es gibt keinen Einsatz unserer Armee ohne einen Grundsatzentscheid der Uno oder der OSZE, das ist sehr wichtig. Wir können auch nicht von der Nato in Aktionen einbezogen werden. Das ist also ausgeschlossen. Wir profitieren sehr viel, indem wir an Informationen teilhaben können, ohne dass wir gezwungen sind, an den Aktionen der Nato teilzunehmen. Für mich ist es völlig ausgeschlossen, dass wir in die Nato eintreten. Das ist für mich keine Option. Wir sind für Sicherheit und Freiheit im eigenen Land zuständig, und es besteht zusätzlich der Auftrag der Friedensförderung, bei dem wir international einen Beitrag leisten, aber dafür müssen wir nicht in die Nato eintreten. Aber sich komplett dem Austausch zu verschliessen, kann ich nicht gutheissen.

Fortsetzung auf Seite 4

Angriffe Deutschlands auf die Schweiz sind kontraproduktiv

Nachdenken (und Handeln) tut not!

von Karl Müller

Was kann, was muss ein Deutscher sagen, wenn die Schweiz seit Jahren von deutscher Seite aus attackiert wird? Wenn Vorurteile geschürt werden? Wenn der diplomatische Anstand missachtet und der deutsche Umgang arrogant und grob wird? Und das nun schon seit Jahren!

Woran denkt ein deutscher Bürger, wenn er nun lesen muss, mehr als 60 Prozent der Deutschen seien dafür, weiterhin CDs mit Kundendaten Schweizer Banken zu kaufen, selbst wenn der Erwerb solcher Daten ein Rechtsbruch ist?

Denkt er dann, das sei schon recht so? Dass es den Schweizern so gut geht, zumeist besser als den Deutschen, könne ja nicht mit rechten Dingen zugehen? Da sei man selbst so tüchtig, arbeite sehr viel und sehr hart, und muss dann trotzdem mehr als die Hälfte des Lohns für Steuern und Sozialabgaben hergeben, so dass netto nur wenig bleibt? ...

Oder denkt der deutsche Bürger nach?

Darüber, was ihm seit Jahren von der deutschen Politik und den deutschen Medien geboten wird? Eine Lüge nach der anderen! Kriegslügen («Wir müssen ein neues Auschwitz in Jugoslawien verhindern», «Deutschland wird am Hindukusch verteidigt» «In Nordafrika und im Nahen Osten kämpfen wir für Demokratie und Menschenrechte» ...); Wirtschafts- und Soziallügen («Die Reichen müssen reicher und die Armen ärmer werden», «Wir müssen den Sozialstaat abbauen», «Wer arbeitslos ist, ist zu faul» ...); Finanzlügen («Wir müssen mit Billionenbeträgen die Banken retten», «Wir sind die Profiteure des Euro», «Merkels Politik ist alternativlos» ...). Welche Lügen der Politiker und der Medien und der sogenannten «Eliten» und «Experten» fallen uns sonst noch ein?

Deutschland ist kein Rechtsstaat mehr

Die grösste deutsche Lüge der vergangenen Jahre ist die Rechtsstaatslüge. Dass man so tut, als würden noch Recht und Gesetz beachtet. Nein! Deutschland ist kein Rechtsstaat mehr. Das sagen in der Quintessenz auch namhafte Persönlichkeiten: der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, *Erwin Teufel*, der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht, *Paul Kirchhoff*, die ehemalige Beraterin des Bundeskanzlers *Kohl*, *Gertrud Höhler*. ... *Wilfried Scharnagl*, ein politischer Weggefährte von *Franz*

Josef Strauss und ehemaliger Chefredakteur einer bayerischen Parteizeitung, hat nun sogar ein Buch geschrieben, ein sehr gutes und sehr ernsthaftes, in dem er Unabhängigkeit für sein Land Bayern fordert – weil es so nicht mehr länger auszuhalten ist in diesem Deutschland und in dieser EU.

Bislang sind es leider vor allem nur «Ehemalige», die Alarm schlagen. Sie sind heute freier im Denken. Aber was muss man dann über diejenigen denken, die noch nicht so frei sind? Und warum soll es in Deutschland keine Meinungsfreiheit für noch nicht «Ehemalige» geben?

Die Remonstrationspflicht: Beamte müssen protestieren, wenn ihre Vorgesetzten Recht verletzen

In der Ausbildung wurde deutschen Staatsbeamten früher beigebracht, dass sie eine Remonstrationspflicht haben. Beamte müssen protestieren, wenn ihre Vorgesetzten Recht verletzen. Wo sind die deutschen Beamten, die dies heute noch tun? Die Remonstrationspflicht war eine Lehre aus der Nazi-Diktatur. Niemand sollte sich mehr hinter Vorgesetzten verstecken können.

Deutschland hat sich verändert. Zivilcourage im Amt ist mehr oder weniger ausge-

storben. Der merkelsche Utilitarismus sicker durch, er entspricht dem amerikanisierten Zeitgeist. Nachdenken und eine eigene Meinung zu haben könnten ja von Nachteil sein. Das färbt sogar auf die Bürger ab.

Aber wenn ein deutscher Bürger über all dies nachdenkt, wenn er ehrlich nachdenkt, dann müsste er doch eigentlich vorsichtiger werden, umsichtiger, sorgfältiger – und nicht mehr so einfach nachplappern, was ihm von oben geboten wird. Und sich nicht mehr alles bieten lassen, was von oben geboten wird. Und überhaupt einmal in Frage stellen, warum es in Deutschland ein «Oben» und ein «Unten» gibt.

Jetzt also wird die Schweiz attackiert! Was wird denn da gespielt? Mit welchen Lügen haben wir es denn jetzt zu tun? Warum in den vergangenen Jahren gerade die Schweiz? Geht es den bekannten Lügern nun ganz plötzlich um die Wahrheit und um das Recht?

Oder geht es um etwas ganz anderes? Gehört es zu den Tricks der Lügner, die per Volksabstimmung eine Diktatur-Ermächtigung für die EU erschleichen wollen? Mit dem Segen der intellektuellen und grossmäuligen Obergurus vom Schlage eines *Daniel Cohn-Bendit*, *Joseph Fischer* oder *Jürgen Habermas*.

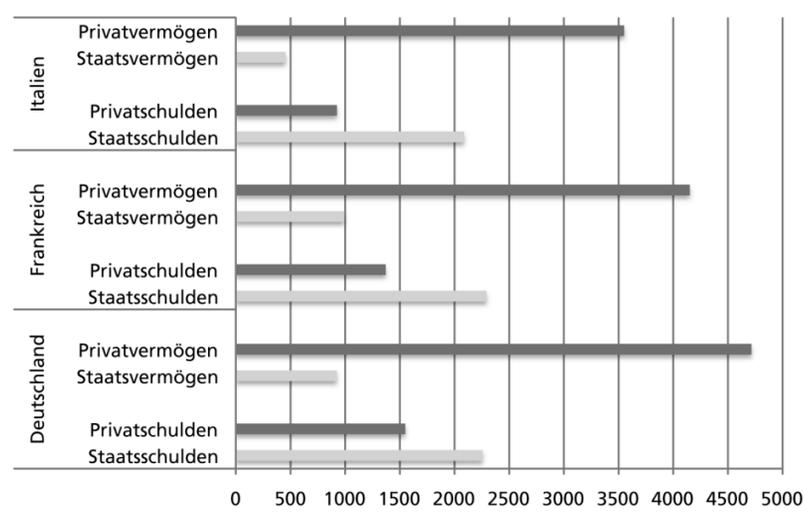
Sie wollen die Leute glauben machen, «im weltweiten Wettbewerb des Globalisierungszeitalters» könne nur der bestehen, der gross und mächtig ist. Derjenige, der bereit ist, überall auf der Welt Kriege zu führen – für Rohstoffe, für Handelswege, gegen «Kleine» und andere «Grosse» ... Derjenige, der sich dem US-Imperium als Vasallen-Land anbietet oder unterwirft.

Joseph Fischer hat es erneut geschrieben: Merkel, so zitiert ihn *Spiegel-Online* am 18. August, soll einen Masterplan für den Weg zum europäischen Überstaat vorlegen: «Wer meint, Deutschland könne eine grosse Schweiz abgeben, steht wie der träumende Ochse vor der verschlossenen Tür, bis er zum Metzger geführt wird.»

Ein deutscher Bürger, der nachdenkt, liest auch manchmal ein Buch. Zum Beispiel das von *Jörg Becker* und *Mira Beham*, «Operation Balkan: Werbung für Krieg und Tod». Dort wird gezeigt, wie in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts PR-Propaganda eingesetzt wurde, um die Bürger nach Jahrzehnten des Friedens wieder nach Krieg schreien zu lassen. Und wie die PR-Agenten mit Champagner anstiessen, als sie erfolgreich die Wahrheit auf den Kopf gestellt hatten. Die Geschichtskennntnisse vieler deutscher Schüler, hat man nun schon mehrfach gelesen, seien heute mangelhaft. Aber die Erwachsenen von heute müssen doch noch mehr wissen. Hat denn niemand mehr die Sportpalastrede gründlich und zeitübergreifend im Schulunterricht behandelt?

Das deutsche Grundgesetz hat einen Artikel 26. Den muss man als Deutscher immer wieder zitieren: «Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.» Was in Deutschland derzeit über die Schweiz zu hören ist, ist kein Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der Völker. Der Angriff auf die Schweiz reiht sich ein in deutsche Attacken gegen andere Länder in Europa und gegen andere Länder in der Welt. Gegriffen wird in die archaische Schublade der Propagandakiste. Aber der Zweck sind nicht die Stimmungen. Erneut geht es knallhart um Macht und Geld. Jeder deutsche Bürger, der nachdenkt, muss das stoppen wollen. •

Genug Vermögen, um alle Staatsschulden doppelt abzulösen



Angaben in Milliarden Euro. (Graphik: haro/Zeit-Fragen; Quelle: Focus 33/2012)

«Sicherheit – ein Standortvorteil ...»

Fortsetzung von Seite 3

Wenn ich sehe, was wir mit der ETH oder mit dem *Genfer Zentrum für Friedensförderung* machen, wie sich Offiziere aus der ganzen Welt bei uns schulen und ausbilden, dann kann ich feststellen, dass die Schweiz auf diesem Gebiet einen sehr guten Ruf hat. Wenn das bei uns durchgeführt wird, sitzen Länder nebeneinander, die sonst niemals ein Wort miteinander reden würden. Bei uns müssen sie das. Das ist ein Beitrag zur Sicherheit, und zwar auf einer vernünftigen Ebene. Letztlich entscheidet die Politik, was zu machen ist, und wenn von dort Einspruch erhoben wird, dann befolgen wir das.

Und in bezug auf die Neutralität sehen Sie kein Problem?

Was heisst Neutralität? Bei einem Konflikt schlagen wir uns nicht auf die eine oder andere Seite, und wir kommentieren das auch nicht. Sobald es zu einem Konflikt kommt, ziehen wir uns zurück. Es hat bisher kein Einsatz der Schweiz im Zusammenhang mit PJP gegeben.

Die Einsätze der Nato in Libyen zum Beispiel sind doch weit über das hinaus gegangen. Erlaubt war das Errichten einer Flugverbotszone, aber kein Regime-Change.

Ja, da waren ganz andere Interessen im Spiel. Ich habe mit dem russischen General *Makarov* über die Lage in Syrien gesprochen, und Russland hat zum einen natürlich grosse Sorgen, was das Mittelmeer betrifft, und zum andern, wer und was folgt, wenn es einen Wechsel geben würde. Wir teilen die Sorge. Wir verurteilen und sagen das auch, was dort

zu Lasten der Zivilbevölkerung geschieht, aber wir können die Lösung nicht skizzieren. Die Auffassung, es gebe dann nächstes Jahr Wahlen und im übernächsten Jahr ist das ein demokratischer Staat, ist wohl sehr optimistisch. Aber ich nehme hier niemanden in Schutz. Das ist ein enormes Blutvergiessen zu Lasten der Zivilbevölkerung.

Wir sind, was die Nato anbetrifft, äusserst zurückhaltend. Bilaterale Kontakte zu anderen Nato-Staaten sind für mich kein Problem. Um die Nato kommen wir nicht herum, wenn wir Informationen möchten, das muss man ganz klar sehen. Aber für alles, was darüber hinausgeht, haben wir so viele Hindernisse eingebaut, so dass ich keine Gefahr sehe. Unser Engagement in Friedensförderung und im humanitären Bereich unterstütze ich, hier gibt es pragmatische Zusammenarbeitsansätze.

Wie steht unsere Armeespitze zur Frage der Milizarmee, die in hervorragender Weise die vielfältigen beruflichen Fähigkeiten des zivilen Lebens mit den Erfordernissen der Landesverteidigung verbindet? Umgekehrt lernen sich die verschiedenen Schichten der Bevölkerung, die verschiedenen Landessprachen und unterschiedlichen regionalen Mentalitäten in der Milizarmee näher kennen, besser verstehen und – was für die Demokratie wesentlich ist – sie lernen, gleichwertig zusammenzuwirken. Wo sonst soll die nachwachsende Generation diese Gelegenheit erhalten und den Zusammenhalt für die Willensnation Schweiz bilden?

Für mich ist das völlig klar: Entweder hat die Schweiz eine Milizarmee mit Wehrpflicht oder sie hat keine Armee mehr. Alles andere ist nicht ehrlich. Es gibt die Volksinitiative «Ja

zur Aufhebung der Wehrpflicht». Das ist ein normaler Vorgang in der Schweiz, wenn man etwas verändern möchte. Ich bin zuversichtlich, dass wir die Abstimmung gewinnen werden, aber wir müssen etwas dafür tun. Von unserem Staatsverständnis her, und hier fängt es an, wenn man eine liberale Grundeinstellung hat, gibt es Aufgaben, die der Staat erbringen muss. Das ist zum Beispiel die Sicherheit für den Bürger. Dazu gehört die Armee. Was ist diesbezüglich glaubwürdiger als der Bürger in Uniform, der hier seinen Beitrag leistet? Da ist für mich der übergeordnete staatspolitische Gedanke dahinter. Dazu gehört natürlich die Qualität der Soldaten. Ich muss sagen, wenn ich sehe, wie sich die Jungen einsetzen, dann freut mich das. Die Qualität unserer Soldaten ist sehr hoch. Im *ABC-Labor Spiez* leisten viele Milizangehörige mit Dokortitel den Dienst. Als ich sie fragte, ob das sinnvoll sei, was sie dort machten, gaben sie zur Antwort, natürlich, wer solle denn das sonst machen. Es waren Physiker, Chemiker, Gymi-Lehrer usw. Diese Leute sind bereit, wenn in ihrem Spezialgebiet etwas passiert. Unsere Milizarmee bringt sehr gute Leistungen. Die Qualität der Armee ist das eine, der Zusammenhalt, wie Sie vorhin erwähnt haben, ist das andere. Ich lebe in der Westschweiz an der Sprachgrenze, und ich frage mich öfters, wer ausser der Armee die Menschen noch zusammenbringt. Vor kurzem war ich im Tessin. Es ist für mich zentral, dass die Armee auch die Tessiner bewusst integriert. Dafür setzt sich auch die Tessiner Regierung ein. Ich habe das mit dem zuständigen Regierungsrat besprochen, das gibt einen Austausch, der sehr wichtig ist. Was sollen wir also mit einer Berufsarmee? Abgesehen davon wäre sie viel

zu klein, um den Verfassungsauftrag zu erfüllen. Mit 30000 Angehörigen der Armee, die alle im «Stade de Suisse» Platz hätten, ein Land verteidigen zu wollen, das ist absolut absurd. Jemand, der sich wirklich seriös mit dieser Frage auseinandersetzt, der kommt nicht auf eine solche Lösung. Dazu kommen die Kosten für das Personal. 10000 Soldaten kosten eine Milliarde Franken Lohn. Unsere 4,4 Milliarden Franken wären da ziemlich schnell verbraucht. Der belgische Armeechef – Belgien hat eine Berufarmee – hat mir gesagt, dass er den nötigen Nachwuchs von jährlich 1500 Personen nicht sicherstellen kann. Und er sagte weiter: «Nous avons totalement perdu la rencontre avec la population.» Aber für wen sind wir denn da, wenn nicht für die Bevölkerung?

Von mir aus gesehen muss man dies den Menschen aufzeigen, und dann werden sie dieser Entwicklung nicht zustimmen. Es ist gefährlich: Mit der Abschaffung der Wehrpflicht und der Milizarmee ist die Armee abgeschafft und damit die Sicherheit von Land und Leuten.

Die Milizarmee ist also nicht nur eine militärische Frage. Es ist auch eine Daseinsfrage und letztlich auch eine Frage der staatlichen Souveränität. Darum ist das für mich in der heutigen Zeit die mit Abstand wichtigste Weichenstellung. Nur durch unsere Milizarmee haben wir eine positive Verbindung zwischen Bevölkerung und Landesverteidigung. Und das braucht es.

Herr Korpskommandant Blattmann, herzlichen Dank für das ausführliche Gespräch. •

Volksabstimmung: «Trau, schau, wem!»

ESM und Fiskalpakt: Der Trick mit der «demokratischen Legitimation»

von Felix Staratschek

Mit grosser Sorge betrachte ich die Bestrebungen, die Vorgaben unseres Grundgesetzes für die Europa- und Aussenpolitik dadurch ausser Kraft zu setzen, dass man per Volksentscheid nach Artikel 146 Grundgesetz über eine neue Verfassung abstimmt. Nachdem der Verein «Mehr Demokratie» seine Kampagne «Volksentscheid, sonst klagen wir» Ende März 2012 begonnen hat, springen nun immer mehr Politiker auf diesen Zug auf. Nachdem *Schäuble* im *Spiegel* kundtat, dass so ein Volksentscheid schneller kommen könnte, als gedacht, und nachdem ich in der «Rheinischen Post» schon am 2. Juli 2012 gelesen habe, dass *Steinbrück* (SPD) es für möglich hält, so einen Volksentscheid durch ein Bündnis von Politik, Wirtschaft und Medien zu gewinnen, lese ich nun auch in der Tagespresse oder höre in Nachrichtensendungen, dass sich immer mehr Politiker für einen Volksentscheid aussprechen.

Ich bin ein Befürworter der direkten Demokratie im Sinne der Aussage von Verfassungsrichter *Papier*, dass über alles, was der Bundestag entscheiden darf, auch Volksentscheide denkbar sind. Aber darum geht es hier nicht. Es geht den Politikern darum, jetzt nur einmalig – und danach wahrscheinlich nie mehr – einen Volksentscheid zu fordern. Es geht nicht darum, die Demokratie zu verbessern, sondern es geht darum, Verfassungsklägern, die sich in Fragen der internationalen Zusammenarbeit an das Bundesverfassungsgericht wenden, durch eine neue Verfassung die Klagemöglichkeiten zu nehmen. Was die Politiker wollen, ist eine Revolution. Sie wollen bei ihrem Tun nicht mehr gestört werden, denn derzeit haben laut Verfassungsrichter *Vosskuhle* («Rheinische Post» vom 5. März 2012) alle Bürger das Recht, Klagen einzureichen, wenn diese den Identitätskern des Grundgesetzes verletzt sehen.

Im Lissabon-Urteil haben die Verfassungsrichter klare Aussagen gemacht, was mit dem Grundgesetz möglich ist:

In der Randnummer 244 des Lissabon-Urteils schreiben die Richter: «Weder darf die europäische Integration zu einer Aushöhlung des demokratischen Herrschaftssystems in Deutschland führen noch darf die supranationale öffentliche Gewalt für sich genommen grundlegende demokratische Anforderungen verfehlen.»

Aus Randnummer 233: «Das Grundgesetz ermächtigt die deutschen Staatsorgane nicht, Hoheitsrechte derart zu übertragen, dass aus ihrer Ausübung heraus eigenständig weitere Zuständigkeiten für die Europäische Union begründet werden können. [...]

Auch eine weitgehende Verselbständigung politischer Herrschaft für die Europäische Union durch die Einräumung stetig vermehrter Zuständigkeiten und eine allmähliche Überwindung noch bestehender Einstimmigkeitserfordernisse oder bislang prägender Regularien der Staatengleichheit kann aus der Sicht des deutschen Verfassungsrechts allein aus der Handlungsfreiheit des selbstbestimmten Volkes heraus geschehen. Solche Integrationschritte müssen von Verfassungen wegen durch den Übertragungsakt sachlich begrenzt und prinzipiell widerruflich sein.»

Da ESM und Fiskalpakt weder widerruflich sind noch in ihrer Wirkung und Veränderbarkeit sachlich begrenzt, dürften gemäss dem Lissabon-Urteil diese Dinge gar nicht beschlossen oder umgesetzt werden, solange das Grundgesetz gilt. Und deswegen meinen immer mehr Politiker eigentlich, das Grundgesetz muss weg! Nur sagt es keiner wörtlich.

Und in Randnummer 228 heisst es: «Das Grundgesetz ermächtigt die für Deutschland handelnden Organe nicht, durch einen Eintritt in einen Bundesstaat das Selbstbestimmungsrecht des Deutschen Volkes in Gestalt der völkerrechtlichen Souveränität Deutschlands aufzugeben. Dieser Schritt ist wegen der mit ihm verbundenen unwiderruflichen Souveränitätsübertragung auf ein neues Legitimationsobjekt allein dem unmittelbar erklärten Willen des Deutschen Volkes vorbehalten.»

Erstaunlich ist, was der Verein «Mehr Demokratie» in seiner Verfassungsbeschwerde schreibt. Nachdem sie auf über 100 Seiten in ihrer Klage dargelegt haben, warum der ESM und Fiskalpakt abzulehnen sind, steht da dieser Satz: «V. Zum Verfahren: Nur auf diesem Weg kann demokratische Legitimation für die mit ESM, Fiskalvertrag und des Art. 136 Abs. 3 AEUV einhergehenden Integrationschritte, für den Systemwechsel in der Wirtschafts- und Währungsunion und die Aufgabe staatlicher Souveränität in einem, wenn nicht dem zentralen Politikfeld der Union vermittelt werden.» Während es in den Werbetexten für die Beteiligung an dieser Klage immer hiess, es ginge gegen den ESM und Fiskalpakt, wird hier erklärt, wie man diesen beiden Verträgen «demokratische Legitimation» verschafft. Wie das geht, steht dann genau vor diesen Zeilen, indem man über Artikel 146 eine neue Verfassung zur Abstimmung stellt! Hat man damit nicht die über 37 000 Mitkläger betrogen? Man behauptet, hier kann man bei einer Klage gegen ESM und Fiskalpakt mitmachen, während ziemlich am Ende erklärt wird, wie man beides legal durchsetzen kann!

Die Ewigkeitsklausel im Grundgesetz: Artikel 79, Absatz 3

Woran scheitert denn im Grundgesetz, dass die Politiker in Bundestag und Bundesrat den ESM und Fiskalpakt einfach durchwinken können? Das Haupthindernis heisst Artikel 79, Absatz 3, Grundgesetz: «Eine Änderung des Grundgesetzes, durch welche [...] die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundrechte berührt werden, ist unzulässig». Das ist die Ewigkeitsklausel im Grundgesetz, die die Artikel zur Unantastbarkeit der Würde des Menschen, zum Bezug des Grundgesetzes zu den Uno-Menschenrechten «als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit» und zur Bindung der Gesetzgebung an die nachfolgenden Grundrechte nennt. Artikel 20 enthält wichtige Aussagen, wie der Staat verfasst ist: Alle Staatsgewalt im demokratischen und sozialen Bundesstaat geht vom Volke aus durch Wahlen und Abstimmungen, und wir haben ein Widerstandsrecht, wenn diese Ordnung beseitigt werden soll. Dass künftig Staatsgewalt von ESM und Fiskalpakt-Akteuren ausgehen soll, ist mit diesem Artikel nicht vereinbar.

Unser Grundgesetz wurde nach der schweren Katastrophe des Zweiten Weltkrieges beschlossen. Unter dem Eindruck des Erlebten wollten die Väter des Grundgesetzes alles tun, dass nie mehr jemand am Parlament und Volk vorbei ermächtigt werden kann, Politik durchzusetzen. Ein Gesetz hatte 1933 den Nazis die Staatsgewalt übertragen und damit die Regierung *Hitler* ermächtigt, ohne Parlament und Volkswillen zu regieren.

Dr. *Thomas Dehler* (FDP) wird in der Sitzung vom 11. Januar 1949 des *allgemeinen Redaktionsausschusses* (ARA) des Parlamentarischen Rats zitiert, einem Revolutionär solle nicht die Möglichkeit gegeben werden zu behaupten, die Verfassung sei auf legalem Wege ausser Kraft gesetzt worden. In der Hauptausschuss-Sitzung vom 12. Januar 1949 hat er gesagt: «Auf jeden Fall halte ich es für notwendig, dass wir eine Barriere errichten, nicht in dem Glauben, dass wir dadurch einer Revolution begegnen können, aber doch in dem Willen, einer Revolution die Maske der Legalität zu nehmen.»

Schockierenderweise hatte ausgerechnet der Richter am Bundesverfassungsgericht und ESM-Prozessbeteiligte Prof. Dr. *Peter Michael Huber* in dem am 19. September 2011 in der «Süddeutschen Zeitung» veröffentlichten Interview, «Keine europäische Wirtschaftsregierung ohne Änderung des Grundgesetzes», über die Öffnung des

Grundgesetzes für eine «supranationale Wirtschaftsregierung» nachgedacht. Er stellte sich dies vor in der Form einer durch eine Volksabstimmung im Sinne von Art. 146 Grundgesetz zu legitimierenden neuen Verfassung für Deutschland, welche im Vergleich zum Grundgesetz nur wenige Änderungen von Artikel 23 Grundgesetz und von der Ewigkeitsgarantie (Artikel 79, Absatz 3, Grundgesetz) bräuchte in der Form, dass man diese unter den Vorbehalt einer europäischen Wirtschaftsregierung stellen würde. Gleichzeitig stellte er fest, dass das «in der Sache» eine «Revolution» wäre.

Interessant ist, was bisher in Karlsruhe am 10. Juli 2012 passierte. Bei der Behandlung der von den Klägern eingereichten Eilanträge wurden die umfassenden Eilanträge und die Anwesenheit der Klägerin *Sarah Luzia Hassel Reusing* gar nicht erwähnt. Schon in der «Süddeutschen Zeitung» vom Freitag, dem 29. Juni 2012, wird die Klage von Frau Reusing, die eine ordentliche Aktennummer erhalten hat und nicht abgewiesen wurde, nicht erwähnt. Es heisst nämlich in dem Artikel: «Sämtliche Schriftsätze liegen der Süddeutschen Zeitung vor.» «Alle Klagen sind von Koryphäen ihres Faches ausgearbeitet worden.» «Sämtliche Verfassungsklagen gegen den ESM und Fiskalpakt kulminieren daher in der Feststellung: Nun sei die verfassungsgebende Gewalt des Souveräns, also das Staatsvolk, gefordert.» Ob die «Süddeutsche Zeitung» hier Opfer vorenthaltener Infos ist oder ob hier gezielt die Unwahrheit gesagt wird, weiss ich nicht. Fakt ist, dass die Menschenrechtlerin *Sarah Luzia Hassel Reusing* durch ihre Klage prüfen lassen will, ob ESM und Fiskalpakt mit den Grundwerten unseres Grundgesetzes vereinbar sind. Frau Hassel Reusing tritt auch für Volksentscheide ein, fordert diese aber nicht für Gesetze, deren Verträglichkeit mit der Verfassung geprüft werden müsste.

Ich habe grosse Zweifel, ob eine Gesellschaft nach den Ideen der christlichen Soziallehre noch möglich ist, wenn Menschenrechte und Solidarität, Personalität, Subsidiarität und Gemeinwohl sich den Interessen des Grosskapitals unterordnen müssen? Der Ehemann von Frau Reusing ist auf *You-Tube* in einigen Videos zu hören. Die Klage der Reusings wird vom *Netzwerk Volksentscheid* unterstützt, und jeder kann sich dort mit dieser Klage solidarisieren: <http://netzwerkvolksentscheid.de/esm-klage/>. Auf meinem *Viertürmeblog* begründe ich ausführlich, warum ich aus der Klage des Vereins «Mehr Demokratie» ausgestiegen bin, und berichte auch über Neuigkeiten bzgl. der Reusing-Klage. Es wäre ein schönes Zeichen, wenn sich jetzt viele Demokraten und Christen mit der Reusing-Klage solidarisieren würden, weil diese meines Erachtens die einzige Klage ist, die dazu führen kann, dass Europa künftig noch den Namen «christliches Abendland» verdient. Es wäre schön, wenn sich viele Leser an Mitglieder der *Freien Wähler*, der *ÖDP* und der *Piratenpartei* wenden, mit der Bitte, dass diese Gruppen aus der *Mehr Demokratie*-Klage aussteigen und unser Grundgesetz verteidigen. Auch über www.abgeordnetenwatch.de kann man sich an seine örtlichen Bundestagabgeordneten wenden, mit der Frage, wie diese zur Ewigkeitsklausel in unserem Grundgesetz stehen.

Literatur:

Eilanträge von Sarah Luzia Hassel Reusing: <http://oedpbergischland.blogspot.com/2012/08/eilantraege-zur-verfassungsklage-von.html>
Steinbrück pro Volksentscheid: <http://nachrichten.rp-online.de/politik/grundgesetz-fuer-europa-1.2894086>
Grundgesetz und Europa: <http://nachrichten.rp-online.de/politik/grundgesetz-gegen-eu-staat-1.2740054>
Auszug vom Huber-Interview der «Süddeutschen Zeitung»: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/verfassungsrichter-huber-im-sz-gespraech-eine-europaeische-wirtschaftsregierung-ist-heikel-1.1145416>
Eröffnung der Verhandlung in Karlsruhe: <http://www.youtube.com/watch?v=ksLdBwnZOcE>
Videokanal von Sarah und Volker Reusing: <http://www.youtube.com/user/UNSERPOLITIKBLOG?feature=g-all-lik>
Verfassungsbeschwerde von «Mehr Demokratie»

Die derzeitigen Diskussionen über eine einmalige Volksabstimmung zum ESM sind gefährlich und nicht ehrlich

km./rr. Der Beitrag von Felix Staratschek berührt grundsätzliche Verfassungsfragen. Es geht in der Tat nicht um die Frage, ob das Deutsche Volk sich auch auflösen und in einem europäischen Staat auflösen könnte, wenn es dies wollte. Sondern darum, dass es dazu derzeit überhaupt keinen Grund und keine Möglichkeit gibt, weil es kein Europäisches Volk gibt.

Schon gar nicht ist der ESM ein solcher Grund, um das Deutsche Volk aufzulösen. Klar ist: Im Rahmen des Deutschen Grundgesetzes und damit im Rahmen eines souveränen Deutschen Staates ist ein ESM verfassungsrechtlich nicht möglich.

Es trifft weiter zu, dass der ESM mit den sozialen Grundwerten des Grundgesetzes (Deutschland ist gemäss Artikel 20 GG ein sozialer Rechtsstaat) nicht mehr vereinbar wäre, wie unter anderem auch von Professor *Karl Albrecht Schachtschneider* immer wieder dargelegt wird. Ohne eigene Volkswirtschaft kann ein Staat seinen Bürgern keine soziale Gerechtigkeit gewährleisten, weil ihm die Mittel dazu – zum Beispiel die eigene Währungspolitik – genommen sind.

Deswegen sind die derzeitigen Diskussionen über eine einmalige Volksabstimmung zum ESM gefährlich und vor allem nicht ehrlich.

Da die «Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus» (*Jürgen Habermas*, 1973) zur Täuschung drängen und die Verfechter der «Postdemokratie» (*Colin Crouch*, 2008, der am 15. August in einer grossen deutschen Tageszeitung darlegen durfte, warum es für seine postdemokratischen Pläne die EU braucht) und des Finanzfaschismus nicht mit offenem Visier auftreten wollen, wird versucht, die Bürgerinnen und Bürger hinter Licht zu führen. Grotesk ist es, wenn ein Verein, der sich «Mehr Demokratie» nennt, dabei auch noch mitwirkt.

Doch da machen die Bürger nicht mit. Sie lassen sich nicht durch eine einmalige Volksabstimmung auf immer entmündigen. Im Deutschen Grundgesetz heisst es nicht: «Alle Staatsgewalt geht von Experten aus», sondern: «Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.» (Artikel 20, Absatz 2, Satz 1, Grundgesetz; unveränderbar nach Artikel 79, Absatz 3, Grundgesetz). Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts hat die Bedeutung dieser Bürgerrechte, von denen einige Staatsrechtler zurecht als von Bürgerpflichten sprechen, immer wieder betont. Dies lässt sich nicht durch die Zustimmung zur fiskalen Entmündigung abschaffen.

Der Mensch ist mit den Rechten, die ihm das Grundgesetz als Bürger gibt, geboren.

Dazu gehört auch die soziale Gerechtigkeit. Diese im Grundgesetz – wie in anderen Verfassungen – festgeschriebenen Rechte sind vorstaatlich, d.h. sie bestehen auf Grund der Natur des Menschen. Keine Macht kann diese Rechte den Menschen nehmen. Jeder Staat und jede Verfassung hat sie vielmehr zu gewähren. Gerade in der Frage der sozialen Gerechtigkeit geht dies nur in kleinen Einheiten, den Nationalstaaten. Deswegen sind Euro, EU und insbesondere ESM unmenschlich, ein Verstoß gegen die Würde des Menschen und verfassungswidrig. Dazu bekennen sich die Bürger. Deswegen würde eine Volksabstimmung zum ESM auch scheitern.

Warum aber soll sie nur hier und nur einmalig gewährt werden, wo die Bürger sie allgemein und in jeder Frage, die sie betrifft, doch schon so lange fordern und das erforderliche Ausführungsgesetz bereits beschlossen wurde und ihm nur die Zweidrittelmehrheit wegen der Verweigerung der CDU/CSU und Teilen der FDP fehlte? Deutschland ist voll von Bürgerinnen und Bürgern, die schon lange eigenständig denken und nun auch endlich selbst entscheiden wollen, wie sie in der von ihnen gewählten politischen Gemeinschaft, wie sie in ihrem Staat und mit den Völkern anderer Staaten zusammenleben wollen.

Wir beugen uns nicht dem Gewaltprinzip

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Die EU-Bürokraten hätten eigentlich allen Anlass, sich die Schweiz zum Vorbild zu nehmen – mit ihrem ausgeprägten Föderalismus und ihrer direkten Demokratie, mit ihrem geordneten Haushalt, ihrer politischen und wirtschaftlichen Stabilität und ihrer niedrigen Arbeitslosenrate. Statt dessen fahren sie ihren eigenen Karren auf Kosten der Völker weiter in den Sumpf und machen andere Länder, die besser kutschieren, aufs übelste herunter. Wieso machen SPD und EU-Bürokraten nicht ihre eigene Unfähigkeit zum Thema? Deutschland, Frankreich und Italien haben so viel Vermögen in privater Hand, dass sie ihre Staatsschulden doppelt zurückzahlen könnten (siehe *Focus* vom 13. August 2012, S. 38f.). Aus Unfähigkeit, mit den eigenen Bürgern zu reden, schiesst man jetzt aus allen Rohren, verleumdet die prosperierenden Nachbarn und holt sich deren erarbeitetes Geld per Faustrecht, nach dem Motto: «Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt.»

Wie kommen wir Schweizer dazu, unser Geld ans Ausland zu verschenken und uns zum Dank dafür zusammenstauchen zu lassen – verbal, wirtschaftlich und, wenn die Herren mit der Peitsche es für nötig halten, auch mit der Kavallerie?

Wie kommen wir Schweizer dazu, unseren Finanzplatz als kriminelle Bande beschimpfen zu lassen, während deutsche Landesregierungen ihre Steuerfahnder auf krumme Touren in die Schweiz schicken und Diebe für geklaute Bankkundendaten fürstlich entlohnen? Hehlerei nennt man das! Wer ist hier eigentlich kriminell?

Tatsache ist, dass die Schweiz von jeher die Finanzwirtschaft – wie alle anderen rechtlichen Bereiche – auf gewohnt hohem Niveau regelt. Sie beachtet die rechtsstaatlichen und demokratischen Grundsätze und hält sich wie kaum ein anderes Land an die ausgehandelten internationalen Verträge und die Prinzipien des Völkerrechts. Allfällige Mängel geht

sie nach Kräften an und sucht sie möglichst weitgehend zu beseitigen.

Warum ein Bankkonto in der Schweiz?

Erste Lüge der Verleumder: Die vielen Menschen aus der ganzen Welt, die einen Teil ihrer Spargelder in einer Schweizer Bank deponieren, täten dies allein deshalb, um ihrem eigenen Staat Steuerzahlungen zu entziehen und ihn damit zu schädigen. Es wird Zeit, dass unsere deutschen Nachbarn sich nicht nur gegen die ungeheuerlichen Anwürfe gegenüber der Schweiz zur Wehr setzen (nämlich ihr Wohlstand basiere auf Diebstahl), sondern auch gegen die Verunglimpfung ihrer selbst als eiskalte Steuerhinterzieher.

Seit 100 Jahren hatten die Menschen aus vielen Ländern ganz andere Gründe, ihr sauer erarbeitetes Geld in einen sicheren Hafen zu bringen. Die Schweizer Banken empfahlen sich trotz ihrer meist niedrigen Zinsen auf Grund der sicheren politischen und wirtschaftlichen Lage und wegen der stabilen Währung, dem Franken. So war es in der Zeit des Ersten Weltkrieges, danach in der grossen Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre und in den Jahren vor und nach dem Zweiten Weltkrieg. So ist es auch heute, da die westlichen Grossmächte USA und EU samt ihren Währungen mehr als wacklig auf den Beinen stehen. Diesen Zusammenhang versteht jeder, der zwei und zwei zusammenzählen kann. Und diejenigen, die am lautesten schreien, haben ihre eigenen Kapitalien sicher längst an einen sicheren Ort verfrachtet – vielleicht auf die Kanalinseln oder nach Delaware? Doch etwa nicht in der Schweiz?

Schweizer Finanzplatz besteht nicht aus UBS, CS und Julius Bär

Der «Schweizerische Bankverein» und die «Schweizerische Bankgesellschaft» waren noch echte Schweizer Unternehmungen, anders als ihre Nachfolgerin UBS, die zwar die Schweiz in ihrem Namen führt und ihren Sitz

in der Schweiz hat, sich aber nicht gross um die Erhaltung des Schweizer Modells kümmert. Aktien-Kapitalmässig sind 87% nicht in Schweizer Hand. Denn die globalen Riesenkonzerne UBS und CS sind nicht auf das Schweizer Rechtssystem angewiesen, sie geschäften überall auf der Welt, in der Londoner City ebenso wie an der Wallstreet. Sie können auch ohne Bankkundengeheimnis und ohne souveräne Schweiz ihre Milliarden einfahren.

Ganz anders die zahlreichen KMU, die wie in allen Wirtschaftsbereichen auch in der Finanzbranche ihren festen Platz und ihre grosse Bedeutung für den Werkplatz Schweiz haben. Sie generieren eine grosse Zahl an Arbeits- und Ausbildungsplätzen und tragen massgebend zum Bruttoinlandprodukt und zu den Steuereinnahmen bei. Dass sie kaputtgemacht werden wie die traditionsreiche *Bank Wegelin*, können wir Schweizer nicht hinnehmen. Das geht ans Mark unseres Wirtschaftsstandortes und unserer Souveränität.

«Bundesgesetz über Banken und Sparkassen» von 1934 – ein Schutz gegen faschistische Übergriffe Hitler-Deutschlands

Bundesverfassung Art. 13 Schutz der Privatsphäre

¹Jede Person hat Anspruch auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung sowie ihres Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs.

²Jede Person hat Anspruch auf Schutz vor Missbrauch ihrer persönlichen Daten.

Schon in der Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre gingen Frankreich und Deutschland auf die Schweiz los und forderten die Aufdeckung der Konten ihrer Bürger bei Schweizer Banken. Dagegen setzte sich das eidgenössische Parlament zur Wehr und erliess im Jahre 1934 das «Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen». Artikel 47 des Bankengesetzes untersagte den Bankiers und Bankangestellten unter Strafandrohung, Kundendaten herauszugeben. Damit war das Bankkundengeheimnis in der Schweiz erstmals gesetzlich festgelegt. Im Geschäftsgebaren der Finanzunternehmen der Schweiz und vieler anderer Staaten hatte das Bankkundengeheimnis jedoch schon lange vorher seinen Platz. Denn es basiert auf einer jahrhundertalten Kultur der Verschwiegenheit bei Handelsgeschäften von Privatbanken. Vor dem Inkrafttreten des Bankengesetzes hatte man das Bankkundengeheimnis auf das Persönlichkeitsrecht im Zivilgesetzbuch gestützt, das die Vermögensverhältnisse als Teil der Privatsphäre schützt (ZGB Artikel 27/28), analog zum Arzt- oder zum Anwaltsgeheimnis. Darüber hinaus ist im Wirtschaftsleben ganz allgemein das Vertrauensverhältnis zwischen Unternehmen und Kunden das A und O jeder Geschäftstätigkeit.

«Das Bankkundengeheimnis dient dem Schutz der Privatsphäre nach Verfassung und Gesetzen der Schweiz. Art. 13 der Schweizerischen Bundesverfassung gibt jeder Person <Anspruch auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens>. Dazu gehören ihre finanziellen Erwerbs- und Vermögensverhältnisse.»

Nicht dazu gehören Missbräuche, zumal krimineller Art. Seit je wird das Bankkundengeheimnis für Strafverfolgungsbehörden aufgehoben. Ihnen muss die Bank über Kundinnen und Kunden Auskunft geben. Neue Straftatbestände haben zu neuen Auskunftspflichten geführt, vom Insiderhandel (1988) bis zur Geldwäscherei (1990). Das gilt – über die Verfahren der Amts- und Rechtshilfe – auch für ausländische Strafverfolgungsbehörden.»

(aus der Homepage der Schweizerischen Bankiervereinigung)

Grenzen des Bankkundengeheimnisses: Vorbildliche Strafverfolgung der Geldwäscherei seit 1990

Zweite Lüge der Verleumder: In der Schweiz könne jeder Kriminelle und jeder Verbrecherring seine Gelder unterbringen, ohne belangt zu werden. Auch diese Lüge weisen wir deutsch und deutlich zurück. Die Behauptung trifft vielleicht auf die Steueroasen im anglo-

amerikanischen Raum zu, sicher aber nicht auf die Schweiz, die die rechtsstaatlichen und völkerrechtlichen Grundlagen nach bestem Wissen und Gewissen einhält.

In den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts wurde die Schweizer Bevölkerung von Meldungen in den Medien aufgeschreckt, dass Diktatoren wie *Jean-Claude Duvalier* (Häiti) und *Ferdinand Marcos* (Philippinen) Hunderte Millionen Dollar, die sie unrechtmässig aus ihren notleidenden Völkern herausgepresst hatten, auf Schweizer Bankkonten deponiert hatten. Als Reaktion darauf kam am 20. Mai 1984 die *Eidgenössische Volksinitiative «gegen den Missbrauch des Bankgeheimnisses und der Bankenmacht»* zur Abstimmung. Weil sie das Kind mit dem Bad ausschütten wollte, das heisst das Bankkundengeheimnis mehr oder weniger ganz abschaffen wollte, wurde sie vom Volk mit 73% Nein und von allen Kantonen wuchtig abgelehnt: Die Schweizer wollten das Bankkundengeheimnis als Grundlage beibehalten.

Trotz des deutlichen Abstimmungsergebnisses nahmen Bundesrat und Parlament das berechtigte Anliegen der Initianten, der Anlage unrechtmässig erworbener Potentatengelder und anderer Kapitalien krimineller Herkunft bei Schweizer Banken einen Riegel zu schieben, ernst. Denn hier ging es um die Verbrechensbekämpfung. Die Potentatenkonten von Duvalier, Marcos und später auch anderer Gewalt-Regimes wurden gesperrt und die Gelder an die demokratisch gewählten Nachfolgeregierungen zurückerstattet.

Bereits im Jahr 1990 fügten National- und Ständerat einen neuen Straftatbestand in das Strafgesetzbuch ein.

StGB Art. 305^{bis} Geldwäscherei vom 1. August 1990

[heutige, mehrmals revidierte Fassung]

- 1. Wer eine Handlung vornimmt, die geeignet ist, die Ermittlung der Herkunft, die Auffindung oder die Einziehung von Vermögenswerten zu vereiteln, die, wie er weiss oder annehmen muss, aus einem Verbrechen herrühren, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.*
- 2. In schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe. Mit der Freiheitsstrafe wird eine Geldstrafe bis zu 500 Tagessätzen verbunden.
Ein schwerer Fall liegt insbesondere vor, wenn der Täter:
a. als Mitglied einer Verbandsorganisation handelt;
b. als Mitglied einer Bande handelt, die sich zur fortgesetzten Ausübung der Geldwäscherei zusammengefunden hat;
c. durch gewerbmässige Geldwäscherei einen grossen Umsatz oder einen erheblichen Gewinn erzielt.*
- 3. Der Täter wird auch bestraft, wenn die Haupttat im Ausland begangen wurde und diese auch am Begehungsort strafbar ist.*

Am 10. Oktober 1997 wurde ergänzend zu dieser Strafbestimmung ein *Geldwäschereigesetz* verabschiedet, das von den Banken einen hohen Standard an Sorgfaltspflichten bezüglich der Identifizierung der Kunden und von Art und Zweck ihrer Transaktionen einfordert und ihnen bei Verdacht auf Geldwäscherei eine Meldepflicht auferlegt, unter Strafandrohung.

Die Verrechnungssteuer

Selbstverständlich hat der Schutz des Bankkundengeheimnisses seine Grenze zudem beim *Steuerbetrug*: Wer aktiv seine Steuerunterlagen fälscht mit dem Ziel, Steuern zu sparen, wird gerichtlich verfolgt und verurteilt. Die Bank ist in diesem Fall verpflichtet, den Behörden und Gerichten Auskunft zu geben. Voraussetzung ist das Vorliegen eines konkreten Verdachts gegen eine konkrete Person.

Im Gegensatz dazu darf das Bankkundengeheimnis nicht gebrochen werden, wenn ein Schweizer beim Ausfüllen seiner Steuererklärung einen Vermögenswert nicht angibt. Es steht im Zusammenhang mit dem direkt-

Fortsetzung auf Seite 7

Auch das gibt es in der EU

The Sweet Spot: Polen und die Tschechische Republik

zf. Auch die EU sei ein finanzielles Trauerspiel und «müsse» deshalb martialisch werden, erzählt man uns seit Monaten. Eine Schweizerin, die in ihre frühere Heimat in Spanien zurückkehrte und dort den dritten Lebensabschnitt verbringen will, sagt aber, es sei überall Geld vorhanden wie immer. Und nirgends finde eine seriöse Diskussion statt. Sie frage sich, ob die Wirtschaftskrise nur in Zeitungen und Fernsehen stattfindet und was damit gewollt sei.

«Sweet Spots»: Polen und die Tschechische Republik

Und «Süsse Orte» gibt es nach *Ruchir Sharma* in der EU also auch:

«Diese zwei Nationen haben einen einzigartigen süssigen Ort [«sweet spot»] in der Weltwirtschaft inne: den Zeitraum, nachdem eine Nation der EU beigetreten ist, aber noch nicht zur Euro-Zone gehört. Es ist der Punkt, an dem die Nation stabile Bank- und Finanzinstitutionen geschaffen hat, die für eine Mitgliedschaft erforderlich sind, und riesige neue Investitionsströme aus anderen EU-Mitgliedsstaaten anzieht. Sie wird dazu berechtigt, grosszügige EU-Transferzahlungen zu bekommen, die dabei helfen, dass das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der EU-Volkswirtschaften erreicht werden kann. Es wurde immer angenommen, dass für eine Nation, die der EU beigetreten ist, der nächste Schritt, nämlich die gemeinsame Währung einzuführen, noch einen weiteren Aufschwung herbeiführen würde. Die Mitgliedschaft in der Euro-Zone und die Haushaltsdisziplin, die durch die Mitgliedschaft angeregt wird (aber nicht erzwungen werden kann), würde diese kleinen, postkommunistischen Staaten stabiler und zuverlässiger aussehender lassen; sie wären dann besser in der Lage, Kredite zurückzuzahlen, und deshalb berechtigt, niedrigere Zinsraten zu erhalten. [...]

Im Falle von Portugal und Spanien sieht es nun so aus, als ob der Euro (und die tiefen Zinsraten, die er mit sich brachte) sie für die Immobilienblasen reif machte, die in der Krise von 2008 platzten. Unter den Slowaken, die den Euro 2009, kurz vor der Krise in Griechenland,

annahmen, kam es zu einer öffentlichen Gegenreaktion, als die Slowakei nun neben viel reicheren Ländern der Euro-Zone wie Deutschland steht, um einiges reichere Länder der Euro-Zone wie Griechenland retten zu müssen.

Währenddessen geniessen Polen und die Tschechische Republik ihre süsse Ecke, und könnten noch viele Jahre so weiterfahren. Sie nehmen die Vorteile des EU-Rechts auf freien Personen- und Güterverkehr innerhalb der Union voll wahr: Polnische und tschechische Exporte in den Rest der EU haben rapide zugenommen, und beide profitieren von EU-Zuschüssen und Transferzahlungen, die von Einkommensunterstützungen für Einzelpersonen bis zu Geldern für Strassenbau und den Kauf von Maschinen für private Firmen reichen. [...]

Die meisten der neuen EU-Staaten sind heute glücklich, in der Union zu sein, sind aber nicht sicher, ob sie Mitglied der Euro-Zone werden sollen. Weit davon entfernt, sich zu beeilen, das ganze Programm durchzuziehen und den Euro zu übernehmen, schieben sie den Tag der Abrechnung auf jede ihnen mögliche Art hinaus. Die Tschechen haben ihr Beitrittsdatum schon viele Male verschoben, da sich die öffentliche Meinung gegen einen baldigen Beitritt wendet. Der tschechische Präsident *Vaclav Klaus* nannte den Euro «einen Misserfolg» und sagte, sein Land würde einen Nichtbeitritt anstreben. In Polen zeigen neueste Meinungsumfragen zum ersten Mal eine solide Mehrheit (60%) gegen die Annahme des Euro. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Kanzlerin *Angela Merkel* im Dezember 2010 Polen und die Tschechische Republik anrief und sie einlud, der Euro-Zone frühzeitig beizutreten, weil sie bei dem laufenden europäischen Kampf darum, wie mit verschwenderischen Mitgliedern verfahren werden sollte, weitere fiskalisch konservative Verbündete wollte. Die Polen und die Tschechen bedankten sich beide, allerdings mit Nein Danke.» (S. 106 ff.)

Quelle: *Ruchir Sharma, Breakout Nations. In Pursuit of the Next Economic Miracles.* New York 2012. ISBN 978-0-393-08026-1 (Übersetzung *Zeit-Fragen*)

«Wir beugen uns nicht ...»

Fortsetzung von Seite 6

demokratischen Modell Schweiz, dass der Bürger eigenverantwortlich seine Einkünfte und Vermögenswerte deklariert, dabei kann er auch einmal etwas vergessen oder einen Fehler machen. Wenn es herauskommt, muss er zwar mit Nach- und Strafsteuern rechnen, aber in der Schweiz wird grundsätzlich unterschieden zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug. Die weniger demokratiegeübten europäischen Nachbarn scheinen diese Unterscheidung nicht zu verstehen.

Damit es sich für die Schweizer Steuerzahler nicht lohnt, einen Vermögenswert (Bankkonten, Obligationen, Aktien) in der Steuererklärung nicht anzugeben, wird im *Inland bereits seit dem 1. Januar 1944 eine Verrechnungssteuer erhoben*, zuerst mit Notrecht im Zweiten Weltkrieg (Bundesratsbeschluss vom 1. September 1943 über die Verrechnungssteuer). 1958 wurde mit Art. 132 Abs. 2 BV die Verrechnungssteuer durch Volk und Stände in der Bundesverfassung verankert. Darauf gestützt errichteten die eidgenössischen Räte am 13. Oktober 1965 das Verrechnungssteuergesetz, das seit dem 1. Januar 1967 in Kraft ist.

Das Prinzip der Verrechnungssteuer ist ganz einfach: Sie wird jährlich auf allen Vermögenserträgen erhoben und beträgt seit dem Jahr 1976 35% dieser Erträge. Diese Steuer wird direkt von sämtlichen Zinsen und Dividenden abgezogen und der eidgenössischen Finanzverwaltung überwiesen. Der Bankkunde erhält also nur 65% seiner Erträge. Wer sein Vermögen in der Steuererklärung deklariert, bekommt die volle Verrechnungssteuer vom Bund wieder zurück und bezahlt statt dessen seinem Wohnkanton und seiner Gemeinde Vermögenssteuern. Der Verrechnungssteuersatz ist so hoch angesetzt, dass sich die Steuerhinterziehung nicht rechnet: Die Vermögenssteuern sind in jedem Fall günstiger.

Bemerkenswert für ausländische Leser: Die Schweizer Bevölkerung nimmt ihre direktdemokratischen Rechte mit grossem Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Staat wahr: Jede Steuer in Bund, Kantonen und Gemeinden wurde in einer Volksabstimmung eingeführt. Folge dieses Systems sind zufriedene Bürger: Es gibt keine Protestdemonstrationen gegen ungerechte Steuern und Behördenwillkür, weil die Schweizer ihr Heft selbst in der Hand haben. So hat sich die Mehrheit der Schweizer auch die Verrechnungssteuer selbst auferlegt, weil sie der Meinung sind, dass jeder Steuerpflichtige sein Vermögen versteuern soll.

Was passt den US-EU-Globalisierern nicht an der Schweiz?

Seit einigen Jahren gehen die angeblich mit der Schweiz «befreundeten» Regime mit einer Wucht auf unser Land los, dass man sich manchmal wie am Vorabend eines kriegerischen Angriffs vorfindet. Der Bundesrat wird in einer Art und Weise unter Druck gesetzt, die sich die souveräne Schweiz kein einziges Mal mehr gefallen lassen darf.

Das Verhalten der Schweizer Behörden und Banken ist jedenfalls nicht die Ursache dieser massiven Methoden. Die Schweiz leistet von jeher Amtshilfe auf Antrag ausländischer Justiz- und Verwaltungsbehörden, wenn ein begründeter Verdacht auf eine kriminelle Handlung besteht (zum Beispiel gemäss Art. 32 des Geldwäschereigesetzes). Allerdings wurde seit vielen Jahren kaum ein Antrag aus dem Ausland gestellt.

Amerikanischer Auftrag – erbärmliche Ausführung durch EU und SPD

Wie in anderer Beziehung auch setzt Amerika Stellvertreter-Krieger ein. EU und SPD sind sich nicht zu schade, um solch unlogische und in keiner Weise «nachhaltige» Aufträge zu übernehmen. Europa hätte Fachkräfte genug, um zukunftsfähige Entwicklungen in die Wege zu leiten, unter Respektierung der Souveränität der Länder und unter Wahrung der gemeinsamen Interessen unserer Länder – in friedlichem Zusammenwirken mit der Schweiz. Unserem Kontinent Aufträge aus Übersee aufzwingen zu wollen, ist eine Sackgasse, die sich rächen wird. Ein Deutschland, das dem US-UK-Finanzimperium solche «Liebesdienste» erweisen will, wird seinerseits genau gleich in die Knie gezwungen werden: Diese Lektion aus dem letzten Jahrhundert muss sicherlich nicht wiederholt werden.

Geistlosigkeit der SPD ... Ein wahrer Krimi

Es ist kaum zu fassen, wie gedankenlos die SPD sich in die kriminelle Position hineinreiben lässt. Die Partei, die historisch eine wirtschaftliche Schutzfunktion für die europäischen Völker einnehmen könnte und die sehr viel übrig haben müsste für die direkte Demokratie – ähnlich ihrem einstigen Postulat nach Basis-Demokratie, lässt sich von einem *Habermas* das neue Parteiprogramm schreiben und geht mit einem Lügen Schild auf das Nachbarland los. Die grotesken Töne des neuermählten Paares *Rothschild-Rockefeller* übermittelt über die OECD, EU und deren Marionetten, die deutschen Grünen und die SPD, lauten etwa so:

• OECD – His Master's Voice

Die Schweizer sollen endlich aufhören, so stur zu sein. Ihre Banken sollen gefälligst auch bei blossem Verdacht auf Steuerhinterziehung Kundendaten herausgeben ... Die Schweiz beruft sich auf das Bankkundengeheimnis. Darauf wird hinterrücks der Hilfssheriff OECD eingesetzt, der auf Befehl aus Washington flugs die Schweiz auf eine graue Liste von Staaten mit angeblich «rechtswidriger» Steuerpraxis setzt (wider *welches* Recht?). Obwohl die Schweiz ihre Beiträge an die OECD wahrscheinlich am pünktlichsten bezahlt, wird sie als «Beinahe-Schurkenstaat» nicht einmal angehört. Nun beugt sich der Bundesrat den zähnefletschenden Wölfen und produziert eilig die geforderten Doppelbesteuerungsabkommen nach «OECD-Standard». Im Widerspruch zum eigenen Recht werden die Schweizer Banken ange-

halten, auf Anfrage auch bei Steuerhinterziehung ausländische Konten aufzudecken. Die Schweiz war am Zustandekommen dieses für sie höchst nachteiligen «Standards» nicht beteiligt, wurde aber unter Missachtung ihrer Souveränität zu dessen Akzeptanz gezwungen. Wir kennen ja die OECD inzwischen: Eine willige Marionette, die als «His Master's Voice» den Ländern der Welt auch im Gesundheits- und Schulwesen amerikanische Standards aufdrängt, die der «Master» selber hinten und vorne nicht einhält!

• Her mit euren Kundendaten, aber dalli!

Inzwischen geht die US-Steuerbehörde auf die UBS los und verlangt von der Schweiz ultimativ die Herausgabe einiger tausend Bankkundendaten von US-Bürgern. Bundesrat *Merz*, der kurz zuvor noch fest dabei blieb: «Das Bankkundengeheimnis ist nicht verhandelbar», knickt ein – was wurde ihm wohl angedroht? (Die amerikanischen Filialen der UBS hatten zum Teil wirklich Dreck am Stecken, also wäre die einzig saubere Lösung gewesen, dass die UBS sich vom US-Geschäft trennt und die dort drüben ihren Schlamassel selbst in Ordnung bringen. Aber die US-Regierung zog es vor, die Schweiz zu deckeln.)

• Zinsbesteuerungsabkommen mit der EU – wer pickt hier die Rosinen?

Mit der EU hatte die Schweiz bereits 2004 im Rahmen der Bilateralen Verträge II ein Zinsbesteuerungsabkommen abgeschlossen und damit «Regelungen, die den in der Richtlinie 2003/48/EG des Rates im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen festgelegten Regelungen gleichwertig sind», übernommen. Zu deutsch: Die EU hatte der Schweiz ihr Zinsbesteuerungsrecht aufgezwungen. Die Schweizer Banken müssen seit 2005 mit dem EU-üblichen bürokratischen Aufwand die Zinsen ausländischer Kunden besteuern, mit aufsteigendem Prozentsatz bis 35%, und das Geld in der EU-Kasse abliefern. Über dieses Abkommen wurde in der Schweiz damals kaum gesprochen, sondern die Diskussion wurde auf Schengen/Dublin fokussiert. Statt der zig Milliarden Euro, die sich die EU zusammenphantasierte, weil sie dringend Geld für ihren Topf ohne Boden benötigte, kamen jährlich aber «nur» ein paar hundert Millionen herein – also ging das Gezeter von neuem los.

• Nächste Attacke des Hilfssheriffs OECD

Denn in Wirklichkeit wollen die Finanzmultis von USA und EU den sogenannten «automatischen Informationsaustausch»: Das heisst, die Schweizer Banken sollen automatisch jeden Kunden mit Wohnsitz in den USA oder im EU-Land bei seiner Steuerbehörde verraten. Ein Geschäftsgebaren, das keine seriöse Bank mit ihrem Ruf vereinbaren kann und das übrigens die US-UK-Steuerparadiese weit von sich weisen, soweit es sie selbst betrifft.

Kaum ist die Tinte auf den von der OECD erpressten Doppelbesteuerungsabkommen der Schweiz mit x Staaten trocken, folgt der nächste Überfall der zähnefletschenden Wölfe: Plötzlich zaubert das Hilfsbüro OECD einen neuen «Standard» aus dem Hut, die sogenannten «Gruppenanfragen»: Die Bank A soll dem Staat B alle ihre Konteninhaber bekanntgeben, die «gewisse Finanzprodukte» kaufen, welche auf Steuerhinterziehung hindeuten könnten ... Das wäre das Ende des Bankkundengeheimnisses: Dieses setzt voraus, dass das ausländische Steueramt Namen von Verdächtigen nennen kann, nicht nur ins Blaue hinaus pokert.

• Deutsche Landesregierungen als Diebe und Hehler

In einigen Bundesländern unseres nördlichen Nachbarn besorgt man sich das dringend benötigte Geld für den kränkelnden Staatshaushalt inzwischen auf andere Weise: Man verbreitet in den Medien, dass man bereit ist, gestohlene Kundendaten deutscher Konteninhaber bei Schweizer Banken fürstlich zu bezahlen. Die Landesregierungen outen sich also als Kriminelle: Sie begehen offen Anstiftung zu Diebstahl und Hehlerei; gemäss schweizerischem Strafgesetzbuch werden diese Delikte mit Gefängnis bestraft, und wir nehmen einmal an, dass auch in Deutschland das Stehlen und das Hehlen verboten sind. Das Rechtshilfesuch der schweizerischen Bundesanwaltschaft zwecks Einvernahme der zu diesem Zweck eingesetzten Steuerfahnder

Die Bank *Julius Bär* kauft in einem mehrstufigen Prozess das internationale Vermögensverwaltungsgeschäft von der *Bank of America*. Gelder von «US-persons» sind von dieser Transaktion im Wert von voraussichtlich 860 Millionen Franken ausdrücklich ausgeklammert. Julius Bär erwartet aus diesem Kauf den *Zufluss von Kundengeldern in der Bandbreite zwischen 57 und 72 Milliarden Franken*. Nach der Integration, die ungefähr zweieinhalb Jahre in Anspruch nehmen wird, will die Bank netto die Neugelder um jährlich 4 bis 6 Prozent steigern können [...].

Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 14.8.2012

wird übrigens von der Regierung Nordrhein-Westfalens mit Spott und Hohn bedacht. Es ruht nun in der Schublade des Berliner Justizministeriums bis zum Nimmerleinstag.

• Steuerabkommen mit Grossbritannien, Deutschland und Österreich – wir Schweizer können auch nein sagen!

Und schon liegen die nächsten Abkommen auf dem Tisch, mit welchen die Schweiz tüchtig gemolken werden soll: 25% aller Zinsen, Dividenden und Veräusserungsgewinne, die den Konten der Briten, Österreicher und Deutschen in der Schweiz entspringen, sollen unsere Banken bezahlen. Warum die Londoner City und die zahlreichen britischen Steuerinseln nie auf einer grauen oder schwarzen Liste des Hilfssheriffs OECD aufgetaucht sind – das sind die grossen Rätsel der Weltgeschichte. Aber dass die britische Regierung die Stirn hat, von den Schweizer Banken Geld zu verlangen, weil manche Briten ihr Geld lieber in Franken als in Pfund anlegen – dazu braucht es schon einige Unverfrorenheit, finden Sie nicht?

Deutschland will zusätzlich zu den 25% der Bankerträge noch einen «Solidaritätszuschlag» gemäss «deutschem Solidaritätszuschlaggesetz» – Wie kommen wir dazu? Und falls jemand geglaubt hat, die Deutschen würden sich wenigstens höflich bedanken für das grosszügige Geschenk aus der Schweiz, für das eigentlich keinerlei Grund besteht – ja, Pustekuchen! Beschimpft und verleumdet werden wir, so dass man meinen könnte, eigentlich sei ja die Schweiz schuld an der Euro-Misere. Und wer gemeint hat, wenn wir bereit seien, immer noch einmal und noch mehr zu blechen, dann sei wenigstens Schluss mit den kriminell beschafften Daten-CDs, der hat sich gleich noch einmal getäuscht. «Jetzt erst recht!» verkünden die Regierungen in Hamburg und Düsseldorf. Denn mit den Abgeltungssteuern werde die Schweiz noch viel zuwenig ausgesaugt, deshalb würden sie im deutschen Bundesrat nein sagen dazu. Und für den Fall, dass das Abkommen angenommen werde, würden sie sich weiter auf kriminellem Weg Bankdaten ergattern. Da nützt uns die Erklärung der deutschen Bundesregierung anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens am 21. September 2011, «*dass sich die deutschen Finanzbehörden nicht aktiv um den Erwerb von bei Banken in der Schweiz entwendeten Kundendaten bemühen werden*», herzlich wenig.

Und schon steht die nächste Meldung in den Medien: Frankreich will der Schweiz per sofort ein neues Regime von Erbschaftssteuern aufzwingen: Abweichend von jeder Usanz will das Steueramt in Paris die in Frankreich wohnenden Erben zur Kasse bitten, auch wenn der Erblasser in der Schweiz lebt. Falls die Schweiz diesem einseitigen Diktat nicht zustimme, würden sie die Steuern dennoch einziehen. «*Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt.*»

Zeigt Euch nur weiter von Eurer schlechtesten Seite. Bei uns jedenfalls sind für die Entscheidung über die Steuerabkommen nicht nur ein paar Exekutivmitglieder zuständig, sondern das ganze Schweizer Volk. Das Referendum gegen die Steuerabkommen mit Grossbritannien, Deutschland und Österreich wurde von Parteien und Bürgergruppen verschiedenster Couleur ergriffen, von der Jungen SVP bis zu den JuSo. Es läuft bis am 27. September 2012; diese 50000 Unterschriften kriegen wir mit Leichtigkeit zusammen. Und am 25. November findet die eidgenössische Volksabstimmung statt. •

LESER  BRIEF

Der deutsche Staat – ein konspirativer Partner?

Seit etwa vier Jahren bedrängt Deutschland die Schweiz, ihr Bankkundengeheimnis zu lockern, um den deutschen Steuerbehörden die Fahndung nach möglichen Steuerflüchtigen zu erleichtern. Das gipfelte in einer ungläublichen Arroganz der Macht. Ein grosses Land (ca. 80 Millionen Einwohner) droht einem souveränen Nachbarstaat mit ca. 8 Millionen Einwohnern «mit dem Einmarsch seiner Kavallerie», um es zum Nachgeben zu zwingen.

Diese auf den ersten Blick harmlos klingende öffentliche Verächtlichmachung der Schweizer Nation mit der Kavallerie-Drohung des damaligen Ministers *Steinbrück* ist in Wirklichkeit eine schwere Diffamierung eines befreundeten, friedlichen Nachbarstaates, die ihresgleichen sucht. In dieser Ausdrucksweise sehe ich auch eine Beleidigung gegenüber einem eigentlich befreundeten Nachbarn, den man ausserdem damit versucht lächerlich machen zu können. Eine hier dringend gebotene Entschuldigung für diese Diskreditierung der Schweiz ist meines Wissens nicht erfolgt. Das beschämt mich als Deutschen zutiefst.

Eine weitere Eskalation erfolgte durch einen kriminellen Akt: Einige Bundesländer kauften gestohlene CDs mit Namen von Bankkunden in der Schweiz und deren persönlichen Daten und bezahlen Millionenbeträge an unbekannte Personen, die sich mit diesen unseriösen Machenschaften und unter dem Bruch des Völkerrechts bereichern. Damit macht sich der deutsche Staat zum Handlanger und Auftraggeber für konspiratives, kriminelles Tun.

Es ist unakzeptabel, dass ein Staat einen anderen souveränen Staat zwingen will, seine Gesetzgebung zu übernehmen, und er so in dessen staatliche Souveränität eingreift.

Und noch ein dritter Gedanke zu diesem traurigen Thema: Wie will man besonders unserer jungen Generation gegenüber rechtfertigen, was im Auftrage einiger deutscher Landesregierungen in deren Steuerbehörden geschieht? Spätestens jetzt stehen wir auch vor der Frage an die politische Klasse nach ihrem Verhältnis zu: Ethik – Moral – Recht.

Dr. Hans-Hermann Kaiser, Freiburg i.Br.

Warum die Schweiz unser Vorbild sein muss

Die «Idée Suisse»: die erste multikulturelle Nation der Welt

von Hildegard Stausberg

Am 1. August begehen die Eidgenossen ihren Nationalfeiertag. Man belächelt sie immer noch gern – dabei täten die kriselnden Staaten Europas gut daran, das Schweizer Erfolgsmodell zu studieren.

Eine Landkarte Europas Anfang der vierziger Jahre des letzten Jahrhunderts: Im Herzen liegt die neutrale Schweiz, eingekesselt von ihr nicht wohlgesonnenen Staaten. Im Norden das nationalsozialistische Deutschland, im Süden das faschistische Italien, im Westen das den Nazis ergebene Vichy-Frankreich, Österreich, der alte geschichtsträchtige Nachbar, nun als «Ostmark» Berlin unterstellt.

Der einzige treue Verbündete Berns blieb das angrenzende und durch eine Zollunion assoziierte Herzogtum Liechtenstein, eine konstitutionelle Erbmonarchie von gerade einmal 160 Quadratkilometern – ohne Armee.

Jeder, der heute in Deutschland abfällig über die Schweiz redet, sollte sich vergegenwärtigen, was sie damals geleistet hat. In jenen Jahren entwickelte die Schweiz einen absoluten Verteidigungswillen. Im Falle eines deutschen Überfalls war die Preisgabe des Mittellandes geplant mit einem Rückzug in die Alpen, die bis auf den letzten Mann verteidigt werden sollten.

Wer die Schweiz für ihre – partiell notwendige – Kooperation mit den Nazis schilt, tut dies oft und gerne mit der besserwisserischen Arroganz der Nachgeborenen. Kaum einem anderen Land in Europa verdankt das geschundene Nachkriegsdeutschland so viel wie der Schweiz: Auf allen Ebenen versuchte Bern, die junge Bundesrepublik wieder in den Alten Kontinent zu integrieren.

Überfallen und ausgeraubt

Wirtschaftlich brachten die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg der Schweiz einen dauerhaften Aufschwung, wie sie ihn nie zuvor erlebt hatte. Die Schweiz selbst ist ja eigentlich nicht reich, sie lebt vom Fleiss und der Erfindungsgabe ihrer Bürger und von der strategisch einmaligen Lage im Herzen Europas.

Deshalb wurde ihr Gebiet immer wieder zum Zankapfel europäischer Grossmächte, deshalb wurde sie vor dem 20. Jahrhundert immer wieder überfallen und ausgeraubt.

Überleben konnte sie als Nation nur, weil es ihr gelang, eine «Idée Suisse» zu entwickeln, einen Grundkonsens über die schweizerische Identität mit ihrem speziellen schweizerischen Wertekanon. Dazu gehört die fein austarierte Balance zwischen den unterschiedlichen Gruppen der alemannischen (nicht deutschen!) Schweiz mit denjenigen in den Französisch, Italienisch und Rätoromanisch sprechenden Kantonen: Die Schweiz ist die erste multikulturelle Nation der Welt.

Dazu gehören ein fest verankerter Minderheitenschutz, ein – ungeschriebener – Sprachenproporz in den wichtigsten Bundesinstanzen, eine dezentrale rechtsstaatliche Verwaltung und vor allem eine dezentrale Wirtschaft.

Das Modell Schweiz – Genossenschaftsprinzip statt Herrschaftsprinzip

Von der Schweiz lernen heisst, den Anmassungen des Imperiums widerstehen

Föderalistische Gesinnung – ein Friedensmodell und ein Modell des Ausgleichs

«Diese föderalistische Gesinnung [...] überwand das Misstrauen zwischen Stadt und Land, sie stellte die kleinen Orte den grossen gleich, sie ermöglichte es, die religiöse Spannung auszuhalten und innere Zwistigkeiten zu überwinden. Sie legte dem Sieger in den sechs Bürgerkriegen, welche die Schweiz erlebt hat, die Mässigung auf, welche ihn hinderte, seine Macht zu missbrauchen. Nie wurde der Unterlegene in seiner Existenz oder in seiner Eigenart angetastet.

Die Friedensbedingungen wurden nicht nach der Grösse des Waffenerfolges abgemessen, sondern nach Rechtsgrundsätzen, die mit dem Sinn der Bundesverträge vereinbar waren. Der Sieg in den Bürgerkriegen wurde gewissermassen als Gottesurteil hingenommen, das zwischen zwei verschiedenen Rechtsauffassungen zu entscheiden hatte.»

Quelle: Wolfgang von Wartburg: *Geschichte der Schweiz*. München 1951

Lebensnahe Gemeinschaften als unersetzliche Bürgerschulen

«Nur in einer übersichtlichen, lebensnahen Gemeinschaft vermag sich der Normalbürger das zu erwerben, was man als politisches Augenmass, als Sinn für die menschlichen Proportionen zu bezeichnen pflegt. Nur hier lernt er im täglichen Gespräch die berechtigten Anliegen seiner anders gesinnten und anders interessierten Nachbarn einigermaßen begreifen und ihnen Rechnung zu tragen; nur hier entwickelt sich auf dem Boden der Freiheit jenes Minimum an Gemein-

schaft, das den Hang zum Autoritarismus wie zur Anarchie wirksam einzudämmen vermag. In diesem Sinne sind und bleiben autonome Kleinräume unersetzliche Bürgerschulen, ohne die gerade der freiheitlich-demokratische Staat in seinen Wurzeln verdorren müsste.»

Quelle: Adolf Gasser: *Gemeindefreiheit als Rettung Europas*. Grundlinien einer ethischen Geschichtsauffassung. Verlag Bücherfreunde, Basel 1947

Politik ist von Korruption nicht befleckt – Was 1921 galt, gilt auch heute noch – anders als in der EU

«Die Vorzüge, die ein fremder Beobachter an der Regierung der Schweiz entdeckt, wenn er einen Vergleich mit anderen ausgewachsenen Demokratien des Altertums und der Neuzeit macht, lassen sich wie folgt zusammenfassen: Eine Stabilität, die im Bund auffallend ist und in den Kantonen, wenn auch nicht im gleichen Umfange, aber doch ziemlich allgemein herrscht. [...] Eine Verwaltung, die unvergleichlich sparsam und im allgemeinen tüchtig ist. [...] Für alle Zweige der Erziehung wird, ausser in einer sehr geringen Anzahl von Kantonen, ausgiebig Vorsorge getroffen. [...] Die Strassen sind in Anbetracht der Schwierigkeiten

eines gebirgigen Landes, in dem Erdbeben und Überschwemmungen nach der Schneeschmelze vorkommen, ausgezeichnet. [...] Die Freiheit des Einzelnen wird respektiert, der Ton des öffentlichen Lebens hält sich auf einem hohen Niveau, und die Politik ist von Korruption nicht befleckt. Das starke Gefühl für staatliche Pflichten zeigt sich in den im grossen Umfange geleisteten Diensten in Kantonen und Gemeinden.»

Quelle: James Bryce, *schottischer Staatstheoretiker, über die Schweizerische Demokratie kurz vor dem Ersten Weltkrieg*, in: Peter Dürrenmatt: *Schweizer Geschichte*. Verlag Hallwag AG, Bern 1957

Die «Griechen der Schweiz»

Der Publizist *Christophe Büchi* beschreibt in seinem Buch «Der Röstigraben» das Verhältnis zwischen den «deutschen» und den «lateinischen» Landesteilen. Dabei zeigen die letzten Jahre, dass vor allem das Stimmverhalten der ehemals als besonders «rebellisch» geltenden Minderheit der französischsprachigen, also «welschen» Schweiz sich demjenigen in den alemannischen Landesteilen annähert.

Allerdings zeigte die jüngste eidgenössische Volksabstimmung über die Frage, ob es

zwei Wochen mehr Ferien geben solle, doch Unterschiede: Die Mehrheit der Schweizer Stimmbürger lehnte dies zwar ab, im französischsprachigen Teil wäre sie aber fast zugunsten des Urlaubs ausgegangen.

Dennoch werden die markanten Abstimmungsunterschiede früherer Zeiten weniger. Das liegt auch daran, dass nicht nur die «germanischen», sondern auch die «romanischen» Landesteile gute Jahre hinter sich haben.

Die Schweiz erfand schon 2001 die Schuldenbremse und führte sie per Volksentscheid

ein. In den letzten Jahren erwirtschafteten die Eidgenossen jeweils Haushaltsüberschüsse von im Schnitt 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dergleichen hat es in Deutschland seit 1969 nicht mehr gegeben.

Eine veritable Industriemacht

Häufig wird übersehen, dass die Schweiz eine veritable Industriemacht ist: Mit einem Wert von rund 100 Milliarden Schweizer Franken ist die Industrieproduktion in absoluten Zahlen doppelt so hoch wie diejenige Singapurs oder Norwegens. Der liberale Think tank *avenir suisse* weist darauf hin, dass sich zum hohen Wert der Industrieproduktion eine konsequente Markenpflege gesellt.

Erst dadurch wird es möglich (zusammen mit der intensiv betriebenen Automatisierung), trotz extrem hoher Arbeitskosten noch in der Schweiz zu produzieren.

Bemerkenswert ist auch, dass die Schweiz wertmässig pro Kopf rund 80 Prozent mehr exportiert als Deutschland, der angebliche «Exportweltmeister». Dagegen erwirtschaftete der Finanzplatz im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts nur etwa 15 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Die bis zu 17 Milliarden Schweizer Franken, die der Finanzsektor jährlich an Steuern entrichtet, entsprechen nur zwischen 12 und 16 Prozent des gesamten Schweizer Steueraufkommens.

Stabile Verhältnisse

Dennoch macht sich die Kritik gerade in Deutschland immer stärker am Finanzplatz Schweiz fest: Dieser agiere undurchsichtig und biete sich an als «Schwarzgeldparadies». Dabei klammert die Debatte die Kernfrage aus: Warum wollen Ausländer denn ihr Vermögen in der Schweiz anlegen? Gibt es dort geheime Gnome, die damit tief in den Alpen einen Goldschatz anlegen?

Mitnichten: Ausländer sind sogar in die Schweiz gekommen, als man vor einigen Jahrzehnten gar kein Geld für sein Depot bekam, sondern mit Negativzinsen rechnen musste.

Treibende Kraft für ein Engagement war immer die politische und wirtschaftliche Unsicherheit in vielen Ländern dieser Welt – gepaart mit Inflation, Verstaatlichung und Enteignung. In der Schweiz wiederum blieben die Verhältnisse stabil. Kann man ihr das vorwerfen?

Längst profitiert der deutsche Fiskus von den Vermögen, die deutsche Staatsbürger in der Schweiz angelegt haben – über die sogenannte Abgeltungssteuer auch von «Schwarzgeldkonten». Gerade deshalb könnte die jetzt betriebene Hatz langfristig auch kontraproduktiv sein: Wird die berechnete Angst vor einem Staat, der sich durch Rechtsbruch Daten verschafft, nicht viele Anleger nach neuen Ufern Ausschau halten lassen? Vertrauen in die Bundesrepublik schafft man so jedenfalls nicht. •

Quelle: *weltonline* vom 14.8.2012

Deutsche Angriffe gegen die Schweiz – ein übles Déjà-vu

Während der ganzen Dauer des Krieges musste Bern ein ununterbrochenes Feuer von Protesten aus Berlin über sich ergehen lassen. Alle Schweizer Zeitungen waren in Deutschland verboten. Was die deutsche Presse anbelangt, so machte diese keine Umschweife. Sie schämte sich nicht, die Schweizer als Parasiten Europas, als lächerliche Zwerge darzustellen. Oder wie folgt: «Selbst wenn ihr mit

eurem schwachen Verstand, eurer Unverschämtheit, eurem vom Messdienst in den Synagogen verschmutzten Gehirn nicht in der Lage seid, unsere Sprache zu verstehen, so sagen wir euch offen und ehrlich: Ihr habt zu viel Geschirr zerschlagen. Euer Schuldenkonto ist unermesslich gross. Es nützt euch nichts, euch jetzt zu verstecken und die Unschuldigen zu spielen. Im neuen Europa, das aus den vom

Krieg verursachten Ruinen und den Opfern unserer heldenhaften Soldaten geboren werden wird, wird es keine Müllhaufen für Emigranten und Diener der Juden geben.» Dieser Kommentar erschien am 4. Juli 1940, kurz nach der französischen Niederlage. Man muss wissen, dass Nazideutschland seine eigene Definition von Neutralität hatte, dergemäss nicht nur die Regierung und die Armee

neutral sein müssten, sondern auch der Rest des Landes und vor allem die Zeitungen und das Radio. So gingen die Deutschen sogar so weit, den Rücktritt einiger Redaktoren zu fordern.

Quelle: *Christian Favre, La Suisse avant et pendant la Seconde Guerre mondiale*. Editions Baudelaire, 2011, S. 71f. (Übersetzung Zeit-Fragen)

Hitler: Den Feind «von innen her» vernichten

Kommen wir aber nochmals auf die Absichten des Reichs gegenüber der Schweiz zurück. Diese waren weit davon entfernt, wohlwollend zu sein; im Klartext, die Schweiz machte *Hitler* rasend. Er wusste die Armee und *Guisan* eindeutig auf der Seite der Alliierten; dies prangerte er wiederholt an und ging sogar so weit, auf Schweizer Politiker Druck

auszuüben, um sie und *Guisan* zu entzweien.

Hitler hatte erklärt, die Strategie der Nationalsozialisten bestehe darin, den Feind «von innen her» zu vernichten, ihn durch sich selbst schlagen zu lassen. Das gegnerische Volk müsse demoralisiert und bereit sein zu kapitulieren. Genau das beabsichtigte Hitler in der Tat für die Schweiz.

Im übrigen sagte er: *Wir haben mitten im Feindesland überall Freunde; wir werden uns ihrer zu bedienen wissen*. Er sprach nicht unbedingt von den Frönlern oder den Schweizer Nazis, sondern sehr wohl von Personen, die in verschiedenen Bereichen, wie beispielsweise in Banken oder der Industrie, wichtige Funktionen innehatten. Hitler hatte bereits vor dem Krieg

zu diesen Personen in Zürich Kontakt aufgebaut und wusste deshalb, dass er in der Folge auf sie zählen konnte.

Quelle: *Christian Favre, La Suisse avant et pendant la Seconde Guerre mondiale*. Editions Baudelaire, 2011, S. 70 (Übersetzung Zeit-Fragen)

Den Haag

Schweiz vs. Deutschland

Völkerrechtliche Vereinigung – Verein zur Förderung einer Staatsklage der Schweiz gegen Deutschland

No. 25439




SCHWEIZ vs. DEUTSCHLAND

VÖLKERRECHTLICHE VEREINIGUNG
Verein zur Förderung einer Staatsklage der Schweiz gegen Deutschland

V V Münster und Detmold,
© by René Schneider, 2012

© 2012 - RENÉ SCHNEIDER - BREUL 16 - 48143 MÜNSTER
Telefon (02 51) 3 99 71 62 - Telefax (02 51) 3 99 71 61 - vom 11 bis 21 Uhr

No. 25439

INHALT:

A. Sachverhalt.

B. Politische und psychologische Probleme.

C. Staatsklage.

A. Sachverhalt.

Am 14. Februar 2008 hat die Staatsanwaltschaft Bochum den ehemaligen Vorstand der Deutschen Post AG, Herrn Dr. Klaus Zumwinkel, äußerst medienwirksam vor laufenden Fernsehkameras in seinem Haus in Köln aufgesucht und ihn dort verhaftet. Durch diese spektakuläre Aktion erfuhr die Öffentlichkeit von einem „Datendiebstahl“ in Liechtenstein und dem Verkauf der gestohlenen Daten an das Land Nordrhein-Westfalen. „Datendiebstahl“ ist eine Straftat nach § 131a des Strafgesetzbuchs (StGB) von Liechtenstein, die so erlangten Daten können auch nach § 164 StGB von Liechtenstein Gegenstand einer Hehlerei sein.

Anfang 2010 wurden erstmals Daten von deutschen Bankkunden in der Schweiz illegal beschafft und an das Land Nordrhein-Westfalen verkauft. Artikel 143 des Schweizerischen Strafgesetzbuches hat folgenden Wortlaut:

Art. 143
Unbefugte Datenbeschaffung
1 Wer in der Absicht, sich oder einen andern unrechtmässig zu bereichern, sich oder einem andern elektronisch oder in vergleichbarer Weise gespeicherte oder übermittelte Daten beschafft, die nicht für ihn bestimmt und gegen seinen unbefugten Zugriff besonders gesichert sind, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft.
2 Die unbefugte Datenbeschaffung zum Nachteil eines Angehörigen oder Familienangehörigen wird nur auf Antrag verfolgt.

„Seit 2008 sind damit insgesamt elf Datensätze über deutsche Steuerflüchtlinge in der Schweiz und Liechtenstein in die Hände hiesiger Steuerfahnder gelangt – jeweils gegen Zahlung üppiger Millionenhonorare an die Informanten.“¹

1) Quelle/URL: „FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND“ vom 10.08.2012, 08:50, <http://www.ftd.de/politik/deutschland/streit-um-schweizer-bankdaten-schaeuble-steigt-aus-steuer-cd-handel-aus/70074900.html>

Ein «Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt», welches am 21. September 2011 in Berlin unterzeichnet wurde, und noch nicht in Kraft getreten ist, konnte in der Frage des Erwerbs „von bei Banken in der Schweiz entwendeten Kundendaten“ keinen Konsens herstellen, sondern den Dissens nur vergrößern.

2) Quelle/URL: Vorabdruck des Abkommens vom 21. September 2011, <http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/24360.pdf>

© 2012 - RENÉ SCHNEIDER - BREUL 16 - 48143 MÜNSTER
Telefon (02 51) 3 99 71 62 - Telefax (02 51) 3 99 71 61 - vom 11 bis 21 Uhr

No. 25439

Zu dem Abkommen vom 21. September 2011 gehört eine „Schlussakte“ vom selben Tag mit einer „Erklärung der Bundesrepublik Deutschland betreffend den Erwerb entwendeter Daten schweizerischer Bankkunden“, welche den folgenden Wortlaut hat:

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt, dass sich die deutschen Finanzbehörden nicht aktiv um den Erwerb von bei Banken in der Schweiz entwendeten Kundendaten bemühen werden.“³

3) Quelle/URL: Vorabdruck des Abkommens vom 21. September 2011 (Seite 44), <http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/24360.pdf> [Hervorhebung durch Fettdruck nicht im Original]

B. Politische und psychologische Probleme.

Der Rechtsstaat und seine Amtsträger brauchen für jede einzelne ihrer Handlungen eine gesetzliche Grundlage: „Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmässige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.“³

3) Artikel 20 Abs. 3 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (GG), das sogenannte Rechtsstaatsprinzip.

Anderenfalls handeln die Amtsträger ungesetzlich und rechtlos (vulgo: «kriminell»), der Staat „unrechtsstaatlich“. Wegen der Höhe des Rechtsstaatsprinzips als Verfassungsgrundsatz bedarf es also eines förmlichen Gesetzes oder eines gleichwertigen und greifbaren Rechts für den „Erwerb von [...] entwendeten Kundendaten“, egal ob die kriminelle Vortat im Inland, im Ausland, bei einer Bank oder sonstwo erfolgte. Auf die Einzelheiten und auf abweichende Mindermeinungen muß an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

Während es an dieser Rechtslage nichts zu deuten gibt, wird der „Erwerb von bei Banken in der Schweiz entwendeten Kundendaten“ vor allem aus parteipolitischen und psychologischen Gründen unterschiedlich diskutiert.

Die parteipolitischen und psychologischen Probleme existieren in 4 Hauptgruppen:

1.) Schweizer, welche DAFÜR sind, daß Deutschland seine Steuerhinterzieher mit allen Mitteln verfolgt.	2.) Schweizer, welche DAGEGEN sind, daß Deutschland seine Steuerhinterzieher mit allen Mitteln verfolgt.
3.) Deutsche, welche DAFÜR sind, daß Deutschland seine Steuerhinterzieher mit allen Mitteln verfolgt.	4.) Deutsche, welche DAGEGEN sind, daß Deutschland seine Steuerhinterzieher mit allen Mitteln verfolgt.

© 2012 - RENÉ SCHNEIDER - BREUL 16 - 48143 MÜNSTER
Telefon (02 51) 3 99 71 62 - Telefax (02 51) 3 99 71 61 - vom 11 bis 21 Uhr

ts. In seinen offenen Briefen an die Zürcher FDP-Nationalrätin Doris Fiala unterstützte der deutsche Rechtsanwalt René Schneider die aufrechte Schweizer Politikerin darin, die Affäre um die von deutschen Behörden gekauften gestohlenen Bankdaten vor den Internationalen Gerichtshof IGH zu bringen (siehe Zeit-Fragen Nr. 33 vom 13.8.2012). Im folgenden Artikel doppelt Schneider nach und ordnet die völkerrechtswidrigen und kriminellen Machenschaften deutscher Behörden in die politische Grosswetterlage ein, spricht die deutschen Grossmachtspläne, welche die Souveränität der umliegenden Nationalstaaten, das unschätzbare Erbe des Westfälischen Friedens von 1648, mit Füßen tritt: In Wirklichkeit gehe es bei dem vorliegenden «Steuerstreit», so Schneider, darum, «die weissen Flecken auf der Landkarte der EU unter Kontrolle zu bringen». Und «um die Frage, wo die staatlichen Kompetenzen enden: Enden diese an den Grenzen der souveränen Schweiz oder enden sie im Sumpf aus deutscher Staats- und Regierungs-Kriminalität, ausländischer Schwerstrafkriminalität und internationalem Völkerrechtsverbrechen?» Eine Klage am IGH sei dringend geboten, vor allem wenn man sich klar vor Augen hält, dass «die Verteidigung der schweizerischen Souveränität und die Verteidigung des deutschen Rechtsstaates keine gemeinsame Sache mit Steuerflüchtlern ist, sondern deren Schonung als billiger Preis für Souveränität und Rechtsstaatlichkeit gezahlt werden muss.» Es gehe auch nicht um ein Aufrechnen der deutschen Steuerkriminalität gegen die deutsche Regierungskriminalität. Schneider zeigt das Grundsätzliche auf: Erneut soll die Schweiz unter Druck gesetzt werden, ihre Souveränität preiszugeben und ihr Modell der direkten Demokratie, die Hoffnung für die geknebelten EU-Untertanen, aufzugeben. Dagegen aber gilt es in aller Entschiedenheit anzutreten. Schneider betont, es bestehe «ein völkerrechtlicher Anspruch der Schweiz gegen Deutschland [...], das schweizerische Bank- und Steuerrecht souverän zu gestalten, und sich weder wirtschaftlicher Erpressung zu beugen noch die Souveränität der Schweiz und ihre traditionellen Werte durch kriminelle und regierungskriminelle Machenschaften ruinieren zu lassen.» Jedem, der durch die EU-Medienmanipulation und die Pamphlete der Schweiz-internen EU-Anschlussgruppe die klare Sicht auf die Sachlage verloren hat, sei Schneiders Artikel wärmstens ans Herz gelegt, steht doch unser Land auch nicht alleine da. Schneiders Quintessenz: «Die unrechtsstaatlichen Angriffe von Deutschland gegen Liechtenstein und die Schweiz sind völkerrechtswidriges Unrecht und können zu hohen Wiedergutmachungszahlungen führen».

Inhalt:

A. Sachverhalt.

B. Politische und psychologische Probleme.

C. Staatsklage.

A. Sachverhalt.

Am 14. Februar 2008 hat die Staatsanwaltschaft Bochum den ehemaligen Vorstand der Deutschen Post AG, Herrn Dr. Klaus Zumwinkel, äußerst medienwirksam vor laufenden Fernsehkameras in seinem Haus in Köln aufgesucht und ihn dort verhaftet. Durch diese spektakuläre Aktion erfuhr die Öffentlichkeit von einem «Datendiebstahl» in Liechtenstein und dem Verkauf der gestohlenen Daten an das Land Nordrhein-Westfalen. «Datendiebstahl» ist eine Straftat nach § 131a des Strafgesetzbuchs (StGB) von Liechtenstein, die so erlangten Daten können auch nach § 164 StGB von Liechtenstein Gegenstand einer Hehlerei sein.

Anfang 2010 wurden erstmals Daten von deutschen Bankkunden in der Schweiz illegal beschafft und an das Land Nordrhein-Westfalen verkauft. Artikel 143 des Schweizerischen Strafgesetzbuches hat folgenden Wortlaut:

Art. 143
Unbefugte Datenbeschaffung
1 Wer in der Absicht, sich oder einen andern unrechtmässig zu bereichern, sich oder einem andern elektronisch oder in vergleichbarer Weise gespeicherte oder übermittelte Daten beschafft, die nicht für ihn bestimmt und gegen seinen unbefugten Zugriff besonders gesichert sind, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft.
2 Die unbefugte Datenbeschaffung zum Nachteil eines Angehörigen oder Familienangehörigen wird nur auf Antrag verfolgt.

«Seit 2008 sind damit insgesamt elf Datensätze über deutsche Steuerflüchtlinge in der Schweiz und Liechtenstein in die Hände hiesiger Steuerfahnder gelangt – jeweils gegen Zahlung üppiger Millionenhonorare an die Informanten.»¹

1) Quelle/URL: «FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND» vom 10.08.2012, 08:50, <http://www.ftd.de/politik/deutschland/streit-um-schweizer-bankdaten-schaeuble-steigt-aus-steuer-cd-handel-aus/70074900.html>

Ein «Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt», welches am 21. September 2011 in Berlin unterzeichnet wurde und noch nicht in Kraft getreten ist, konnte in der Frage des Erwerbs «von bei Banken in der Schweiz entwendeten Kundendaten»² keinen Konsens herstellen, sondern den Dissens nur vergrößern.

2) Quelle/URL: Vorabdruck des Abkommens vom 21. September 2011, <http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/24360.pdf>

Zu dem Abkommen vom 21. September 2011 gehört eine «Schlussakte» vom selben Tag mit einer «Erklärung der Bundesrepublik Deutschland betreffend den Erwerb entwendeter Daten schweizerischer Bankkunden», welche den folgenden Wortlaut hat:

«Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt, dass sich die deutschen Finanzbehörden nicht aktiv um den Erwerb von bei Banken in der Schweiz entwendeten Kundendaten bemühen werden.»³

3) Quelle/URL: Vorabdruck des Abkommens vom 21. September 2011 (Seite 44), <http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/24360.pdf> [Hervorhebung durch Fettdruck nicht im Original]

B. Politische und psychologische Probleme.

Der Rechtsstaat und seine Amtsträger brauchen für jede einzelne ihrer Handlungen eine gesetzliche Grundlage: «Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmässige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.»³

3) Artikel 20 Abs. 3 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (GG), das sogenannte Rechtsstaatsprinzip.

Anderenfalls handeln die Amtsträger ungesetzlich und rechtlos (vulgo: «kriminell»), der Staat «unrechtsstaatlich». Wegen der Höhe des Rechtsstaatsprinzips als Verfassungsgrundsatz bedarf es also eines förmlichen Gesetzes oder eines gleichwertigen und greifbaren Rechts für den «Erwerb von [...] entwendeten Kundendaten», egal ob die kriminelle Vortat im Inland, im Ausland, bei einer Bank oder sonstwo erfolgte. Auf die Einzelheiten und auf abweichende Mindermeinungen muss an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

Während es an dieser Rechtslage nichts zu deuten gibt, wird der «Erwerb von bei Banken in der Schweiz entwendeten Kundendaten» vor allem aus parteipolitischen und psychologischen Gründen unterschiedlich diskutiert.

Die parteipolitischen und psychologischen Probleme existieren in 4 Hauptgruppen:

- 1.) Schweizer, welche DAFÜR sind, dass Deutschland seine Steuerhinterzieher mit allen Mitteln verfolgt.
- 2.) Schweizer, welche DAGEGEN sind, dass Deutschland seine Steuerhinterzieher mit allen Mitteln verfolgt.

- 3.) Deutsche, welche DAFÜR sind, dass Deutschland seine Steuerhinterzieher mit allen Mitteln verfolgt.
- 4.) Deutsche, welche DAGEGEN sind, dass Deutschland seine Steuerhinterzieher mit allen Mitteln verfolgt.

- 1.) Schweizer, welche DAFÜR sind, dass Deutschland seine Steuerhinterzieher mit allen Mitteln verfolgt.
Wer selbst ehrlich und anständig seine Steuern zahlt – und alle anderen Gesetze befolgt – hat in der Regel wenig Verständnis für Kriminelle, welche gegen die Gesetze verstossen.

Andererseits könnte es dem Schweizer gleichgültig sein, ob der deutsche Steuerhinterzieher in Deutschland gegen deutsche Gesetze verstösst, solange er in der Schweiz das schweizerische Recht nicht verletzt.

In der gegenwärtigen Situation werden allerdings der illegale Erwerb von Daten und das o. g. Steuerabkommen nicht sauber getrennt. Das schafft eine unübersichtliche Gemengelage, in der parteipolitische Überlegungen und psychologische Faktoren (auch der «Neidfaktor») eine diffuse Mischung bilden und kaum auseinandergelassen werden können.

- 2.) Schweizer, welche DAGEGEN sind, dass Deutschland seine Steuerhinterzieher mit allen Mitteln verfolgt.

a.) Wer für das Steuerabkommen ist, will damit die unbefugte Datenbeschaffung verhindern, und «mit der Abgeltungssteuer [sic] im Interesse des Landes und der Wirtschaft einen sauberen Finanzplatz schaffen».⁴

4) Quelle/URL: NR Philipp Müller, in der «SonntagsZeitung.ch» vom 22.07.2012, <http://www.sonntagszeitung.ch/home/artikel-detailseite/?newsid=224884>

«Zudem sollen die Gegner der Abkommen als Helfershelfer ausländischer Steuerhinterzieher gebrandmarkt werden: «Wir werden aufzeigen, dass jene, die das Abkommen ablehnen, ausländische Steuerdelinquenten schützen und damit der Wirtschaft schaden.» Diese sei darauf angewiesen, dass die Schweiz endlich aus dem Schussfeld internationaler Angriffe komme. Gemäss Umfrage ist diese Strategie erfolgversprechend. Den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ist die Verfolgung von Steuerdelikten offenbar wichtiger als der Schutz der Schweiz vor ausländischem Zugriff.»⁵

5) wie vor

«Klar ist: Die Chefs der Grossbanken haben ein Imageproblem – als Superverdiener genauso wie als Verantwortliche für den Dauerstreit mit anderen Staaten. [...] SonntagsBlick

«Schweiz vs. Deutschland»

Fortsetzung von Seite 9

weiss: Die FDP-Leitung verlangte von den UBS-Bankern, dass sie sich in den nächsten Monaten bei beiden Themen zurückhalten. Interviews und Äusserungen seien kontraproduktiv – sie würden den Befürwortern der *Abzocker-Initiative* und den Gegnern der Abgeltungssteuer helfen, befürchtet die Partei. Die UBS weiss dies offenbar selber: «*Economiesuisse* und Bankiervereinigung dagegen werden in der Öffentlichkeit zur Abzocker-Initiative und zu den Abgeltungssteuerabkommen Stellung nehmen», sagt UBS-Schweiz-Kommunikationschef *Peter Hartmeier*. Damit entsteht eine merkwürdige Situation. Für UBS und CS sind die Steuerabkommen von grösster Bedeutung; dennoch werden sie im Abstimmungskampf wohl kaum in Erscheinung treten. Obwohl beide Grossbanken in den kommenden Monaten heftigen Angriffen ausgesetzt sein dürften.»⁶

6) Quelle/URL: «Blick.ch» vom 22.07.2012, <http://www.blick.ch/news/politik/fdp-fordert-banker-ein-fach-mal-die-klappe-halten-id1971196.html>

b.) Andererseits argumentiert die «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz» (AUNS) aus guten Gründen gegen das Steuerabkommen:

«Die Steuerabkommen mit Deutschland, Grossbritannien und Österreich verpflichten die Schweiz, für andere Länder Steuern einzutreiben. Dies ist weltweit einmalig und bedeutet einen klaren **Eingriff in die Souveränität unseres Landes**. Dadurch verliert unser Wirtschafts- und Bankenplatz an Vertrauen und Attraktivität. Ausländer ziehen ihre Gelder ab, Weltkonzerne verlegen ihren Unternehmens-Standort. Und der Wirtschafts- und Arbeitsplatz Schweiz verliert an Bedeutung und Ansehen. Arbeiter und Angestellte zahlen die Zeche. So kann es nicht weitergehen.»⁷

7) Quelle/URL: http://www.auns.ch/meldungen/120615_referendum_gegen_schaedliche_steuer_vertraege.php und <http://www.referendum.ch/> [Hervorhebung durch Fettdruck nicht im Original]

«Das überstürzte Vorgehen, angeblich im Dienste der Schweizer Wirtschaft und des Finanzplatzes, ist eine Zwängerei des Bundesrates. Die Abkommen stehen international quer in der Landschaft. Kein Land treibt für fremde Regierungen Steuern ein. Die Abkommen stehen im Widerspruch zu den internationalen Normen des Steuerrechts. Sie stehen im Konflikt mit den bilateralen Abkommen mit der EU.

Sie widersprechen den schweizerischen Steuerregeln. Sie führen zu einer krassen Ungleichbehandlung von Inländern und Ausländern. Sie schützen weder die Kunden des Finanzplatzes noch die Interessen der Schweiz und der Mehrzahl der Schweizer Banken.

- Die schädlichen Steuerabkommen
- schwächen den Finanz- und Werkplatz Schweiz
 - bedrohen Tausende von Arbeitsplätzen
 - schwächen die kleinen und mittleren Banken gegenüber den grossen
 - beschädigen die schweizerische Souveränität
 - verpflichten uns zu Milliardenzahlungen ohne sichere Gegenleistung
 - machen uns zum Steuereintreiber für EU-Staaten
 - fördern die Angriffe verschuldeter EU-Staaten auf die solide Schweiz
 - erlauben fremden Beamten Kontrollen auf Schweizer Boden in Schweizer Banken
 - lassen den Handel mit gestohlenen Bankkundendaten zu
 - höhlen das Bankkundengeheimnis aus statt es zu sichern
 - brechen die Privatsphäre der Bürger auf
 - schaffen den gläsernen Bürger.»⁸

8) Quelle/URL: <http://www.referendum.ch/argumentarium.php>

3.) Deutsche, welche DAFÜR sind, dass Deutschland seine Steuerhinterzieher mit allen Mitteln verfolgt.

Prinzipiell gilt hier zunächst dasselbe Argument, welches unter Nr. 1 schon genannt wurde: Wer selbst ehrlich und anständig seine Steuern zahlt – und alle anderen Gesetze befolgt – hat in der Regel wenig Verständnis für Kriminelle, welche gegen die Gesetze verstossen.

Jedoch kommen für deutsche Politiker einige unrühmliche Besonderheiten hinzu, denn wer wirklich redlich ist, muss vor allem

an dem Rechtsstaatsprinzip der Verfassung festhalten!

Schon dieser klare Verfassungsbruch beweist, dass die deutschen Politiker aus anderen Motiven handeln. Dabei ging es ursprünglich um sehr viel Geld und um die Gleichschaltung der europäischen Kleinstaaten, welche nicht der «Europäischen Union» (EU) angehören.

In diesem Sinne äusserte sich auch der nordrhein-westfälische Finanzminister *Norbert Walter-Borjans* (SPD), der als Führer des Widerstandes gegen das o.g. Steuerabkommen auftritt:

«**Es ist definitiv nicht so, dass mit dem Abkommen der Kauf von CDs entbehrlich wäre. Das zeigt allein die Tatsache, dass dieser Passus im Abkommen steht. Wir werden im Notfall weiteres Datenmaterial erwerben.** Wir haben Hinweise, dass es möglicherweise neue Konstrukte gibt, in die das Geld fliesst und die vom Abkommen nicht erfasst sind. Da halte ich die Schweizer Banken für sehr leistungsfähig. In Deutschland würde man schnell enttäuscht sein, wie gering der Betrag für die Nachversteuerung letztendlich ausfallen würde. Ausserdem könnten Deutsche Schwarzgeld dann erst recht in die Schweiz bringen und müssten nur noch Steuern auf Zinserträge zahlen. Deshalb werden wir das Abkommen nicht in Kraft treten lassen.

Ich bin überzeugt, dass es im [deutschen] Bundesrat keine Mehrheit für dieses Abkommen gibt. Man wird es sich nicht leisten können, gegen Steuergerechtigkeit zu sein. Abgesehen davon ist der heutige Zustand für die Bundesrepublik nicht schlechter, als er es mit einem Abkommen wäre. Gewinner wären die deutschen Steuerhinterzieher und die Schweizer Banken, die dabei helfen.

Ich glaube vielmehr, dass die Schweizer Banken ein ökonomisches Interesse haben, die 150 Milliarden Euro an Fluchtgeldern nicht zu verlieren. Sie werden daher Instrumente entwickeln, die es den Steuerhinterziehern erlauben, ihr Geld bei den Schweizer Banken zu lassen. **Dann werden wir weiterermitteln, bis sich die Schweiz und ihre Banken überlegen, ob man nicht doch vielleicht zu einer auch für uns akzeptablen Lösung kommen muss.**

Ich fände den Informationsaustausch wichtig. Finden wir aber eine andere Lösung, die eine gesamteuropäische Lösung nicht verhindert und unseren legitimen Interessen nicht zuwiderläuft, kann ich mir auch ein bilaterales Abkommen vorstellen.»⁹

9) Quelle/URL: «SonntagsZeitung.ch» vom 12. August 2012, <http://www.sonntagszeitung.ch/home/artikel-detailseite/?newsid=226543> [Hervorhebung durch Fettdruck nicht im Original]

Finanzminister *Norbert Walter-Borjans* hat zu verfassungsfeindlichen Gesetzen übrigens ein ganz persönliches Verhältnis: Als Stadtkämmerer der Stadt Köln erfand er im Jahr 2009 eine Gemeindesteuer, welche als «Bettensteuer» oder «Übernachtungssteuer» bekannt wurde, und durch das Bundesverwaltungsgericht mit zwei unanfechtbaren Urteilen vom 11. Juli 2012 (BVerwG 9 CN 1.11 und 2.11) für teilweise verfassungswidrig erachtet wurde:

«Die [Gemeinde-]Satzungen sind gleichwohl nicht nur teilweise, sondern in vollem Umfang unwirksam, weil sie nicht teilbar sind. Es fehlt jegliche Regelung, wie berufsbedingte Übernachtungen von privaten zu unterscheiden sind und wie entsprechende Angaben kontrolliert werden sollen. Das führt zur Ungewissheit über die Besteuerungs Voraussetzungen, die auch nicht für eine Übergangszeit hingenommen werden kann.»¹⁰

10) Quelle/URL: Bundesverwaltungsgericht, Pressemitteilung Nr. 71/2012 vom 11. Juli 2012, <http://www.bverw.g.de/>

4.) Deutsche, welche DAGEGEN sind, dass Deutschland seine Steuerhinterzieher mit allen Mitteln verfolgt.

Prinzipiell gilt auch hier zunächst dasselbe Argument, welches schon unter Nr. 1 und Nr. 3 genannt wurde: Wer selbst ehrlich und anständig seine Steuern zahlt – und alle anderen Gesetze befolgt – hat in der Regel wenig Verständnis für Kriminelle, welche gegen die Gesetze verstossen, und dabei stehen auf der Rangliste der Kriminellen die «Staatsverbrecher» (also die Täter sogenannter Regierungskriminalität) natürlich ganz oben: Wer die Verfassung bricht und den Rechtsstaat be-

schädigt, ist schlimmer als alle Steuerhinterzieher zusammen!

Dies folgt aus der besonderen Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Man kann den Kindern der Kriegs- und Nachkriegsgenerationen zu Hause, in der Schule und im Studium nicht Verfassungswerte wie das Rechtsstaatsprinzip vermitteln, und dann darauf vertrauen, dass der mündige Staatsbürger im entscheidenden Moment wegsieht oder aus parteipolitischen Gründen «beide Augen zudrückt»!

Merkel, Steinbrück und Schäuble wussten schon 2008 im Fall *Heinrich Kieber* (Liechtenstein) ganz genau, dass sie für ihr Handeln keine gesetzliche Rechtsgrundlage hatten, also gegen Artikel 20 Abs. 3 GG verstiessen, aber sie waren in einer grossen Regierungskoalition (CDU/CSU und SPD), während heute die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin *Kraft* und ihr Finanzminister *Walter-Borjans* längst den nächsten Bundestagswahlkampf eingeläutet haben und die gegenwärtige Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP ablösen wollen. Das erklärt auch, weshalb Herr Schäuble in der «Bild»-Zeitung sagte, es sei «scheinheilig, wenn ein sozialdemokratischer Finanzminister [...] mit Kriminellen zusammenarbeitet»,¹¹ obwohl er selbst noch im Jahr 2010 «händeringend nach einem Bundesland, das die Steuersünder-CD aus Baden-Württemberg kauft»,¹² suchte.

11) Quelle/URL: «Bild» vom 23.07.2012, <http://www.bild.de/politik/inland/wolfgang-schaeuble/warum-muessen-wir-fuer-spaniens-banken-blechen-25284794.bild.html>

12) Quelle/URL: «DER SPIEGEL» Nr. 12/2012 vom 22.03.2010, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-69628949.html>

Während Merkel (CDU), Steinbrück (SPD), Schäuble (CDU) und *Walter-Borjans* (SPD) und viele andere deutsche Spitzenpolitiker verfassungswidrig – und wenn es um die Belange der EU geht, sogar verfassungsfeindlich – agieren, müssen sie gleichzeitig versuchen, ein positives Image für sich selbst aufzubauen. Dabei können sie mit der Verfolgung von Steuerhinterziehern doppelt punkten: Einerseits ist derjenige, welcher den Straftäter verfolgt, nicht der Böse, sondern der Gute, und andererseits kommen auch noch ein paar Millionen Euro in die leere Staatskasse, während gleichzeitig x Milliarden Euro in das europäische Fass ohne Boden geschüttet werden.

Es geht nur vordergründig um die Strafverfolgung über die Grenzen Deutschlands hinweg: In Wirklichkeit geht es darum, die weissen Flecken auf der Landkarte der EU unter Kontrolle zu bringen. Dabei ist die Frage, wer «kriminell» ist – der Bundesfinanzminister (CDU) oder der NRW-Finanzminister (SPD) – ganz einfach zu beantworten: Beide sind um ein Vielfaches krimineller als die einfachen Steuerhinterzieher, welche nur aus opportunistischen Gründen und unter Verstoß gegen den Verfassungsgrundsatz der Rechtsstaatlichkeit verfolgt werden.

Tatsächlich wurde in Deutschland und in der Schweiz ein politisches Klima erzeugt, in dessen Nebelschaden der Blick auf das Wesentliche getrübt ist:

«Jeder, der sich zum Anwalt rechtsstaatlicher Prinzipien macht, läuft Gefahr, dass ihm in der Öffentlichkeit unterstellt wird, er mache gemeinsame Sache mit Steuersündern.»¹³

13) Quelle/URL: Rechtsanwalt und Notar Dr. Gerd Niebaum, in der Zeitung «Sonntag» vom 18.07.2010, <http://www.muenster-seminare.de/24657.pdf>

C. Staatsklage.

Die Idee einer Staatsklage der Schweiz gegen Deutschland wurde parlamentarisch durch Frau Nationalrätin *Doris Fiala* und juristisch durch Frau Rechtsanwältin Dr. *Vera Delnon* forciert:

DELNON UND RÜDY
RECHTSANWÄLTE

«Beschaffung schweizerischer Bankdaten von deutschen Kunden»,

URL: <http://www.delnon.com/-warum-wir/staatsklage/einleitung-staatsklage/einleitung-staatsklage.html>

«Klagegründe der Schweiz gegen Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof»,

URL: http://www.delnon.com/dokumente/upload/e4d4d_klagegruende.pdf

«Völkerrecht oder Faustrecht? Staatsklage gegen Deutschland»,

Medienkonferenz vom 2. März 2010, URL: <http://www.news.admin.ch/dienstleistungen/00009/index.html?lang=en&event-id=2670>

Die Bundesversammlung 10.3023 – Interpellation: «Völkerrecht statt staatliches Faustrecht. Klage gegen Deutschland»,

eingereicht von NR Doris Fiala, FDP –
Einreichungsdatum: 02.03.2010

URL: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20103023

«Die Reaktionen der Leserinnen und Leser von *Tagesanzeiger.ch/Newsnet* waren selten so eindeutig. Die Forderung nach einer «Staatsklage gegen Deutschland» löst Unverständnis, Zorn, Gelächter aus – und Mitleid mit der FDP.»¹⁴

14) Quelle/URL: «Tages-Anzeiger» vom 03.03.2010, 16:18 Uhr, <http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Ach-Frau-Fiala/story/30477271>

Auch gegenwärtig scheint die Lage nicht anders zu sein: «Den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ist die Verfolgung von Steuerdelikten offenbar wichtiger als der Schutz der Schweiz vor ausländischem Zugriff, den vor allem die rechtskonservative Auns gegen die Abkommen ins Feld führt. **Die Forderung, gegen Deutschland eine Staatsklage anzustrengen wegen des Kaufs gestohlener Bankdaten, genießt bei den Befragten keine grosse Unterstützung.**»¹⁵

15) Wie Fn. 4 und 5. Wie kann diese Situation geändert werden?

Welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, damit die Forderung nach einer Klage vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) überall auf fruchtbaren Boden fällt?

Dazu bedarf es eines klaren Blickes auf den Streitgegenstand: Im Verhältnis zwischen der Schweiz und Deutschland geht es nicht um die Unterstützung oder Verfolgung von Steuerhinterziehern, auch nicht um das deutsche Verfassungsrecht (Artikel 20 Abs. 3 GG mit dem Rechtsstaatsprinzip), sondern um die Frage, wo die staatlichen Kompetenzen enden: Enden diese an den Grenzen der souveränen Schweiz oder enden sie im Sumpf aus deutscher Staats- und Regierungskriminalität, ausländischer Schwerstkriminalität und internationalem Völkerrechtsverbrechen?

Es ist, wie Herr Dr. *Niebaum* schon vor zwei Jahren sagte: «Jeder, der sich zum Anwalt rechtsstaatlicher Prinzipien macht, läuft Gefahr, dass ihm in der Öffentlichkeit unterstellt wird, er mache gemeinsame Sache mit Steuersündern.»¹⁶

16) wie Fn. 13

Es muss also ein Stimmungswandel herbeigeführt werden, welcher die schweizerische Regierung befähigt, eine Klage zu erheben, wonach Deutschland der Kauf illegal beschaffter Daten gerichtlich verboten wird.

Dieser Stimmungswandel ist möglich, wenn die relevanten Gruppen erkennen, dass die Verteidigung der schweizerischen Souveränität und die Verteidigung des deutschen Rechtsstaates keine «gemeinsame Sache mit Steuersündern» ist, sondern deren Schonung als billiger Preis für Souveränität und Rechtsstaatlichkeit gezahlt werden muss.

Es muss für jedermann erkennbar gemacht werden, dass es überhaupt nicht um die Kriminalität der Steuerhinterzieher – unterhalb des Verfassungsrechts und ausserhalb des Völkerrechts – geht, und nicht einmal um das Aufrechnen der deutschen Steuerkriminalität gegen die deutsche Regierungskriminalität, die beide zu Lasten der Schweiz gehen, sondern dass ein völkerrechtlicher Anspruch der Schweiz gegen Deutschland besteht, das schweizerische Bank- und Steuerrecht souverän zu gestalten, und sich weder wirtschaftlicher Erpressung zu beugen noch die Souveränität der Schweiz und ihre traditionellen Werte durch kriminelle und regierungskriminelle Machenschaften ruinieren zu lassen.

Die unrechtsstaatlichen Angriffe von Deutschland gegen Liechtenstein und die Schweiz sind völkerrechtswidriges Unrecht und können zu hohen Wiedergutmachungszahlungen führen.

Jedenfalls wäre die Klage – verbunden mit dem Antrag auf vorsorgliche Massnahmen – ein geeignetes Mittel, weitere Datenkäufe zu verhindern, und den Finanzplatz Schweiz vor diesen Angriffen zu schützen.

URL: <http://www.Staatsklage.de/>
Stand: 12. August 2012

© 2012 · RENÉ SCHNEIDER · BREUL 16 · 48143
MÜNSTER Telefax (02 51) 3 99 71 62 · Telefon (02 51) 3 99 71 61 · von 11 bis 21 Uhr

Bei Kindern und Jugendlichen Interesse für das reale Leben wecken

Ein Besuch bei der «Station Junger Naturforscher und Techniker Weisswasser»

ds. Eltern, Schulleiter, Gemeindepräsidenten und andere, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, suchen nach Möglichkeiten sinnvoller Freizeitbeschäftigung für die Jugend. Es geht darum, bei Kindern und Jugendlichen das Interesse für das reale Leben zu wecken und praktische Fähigkeiten zu entwickeln, die ihnen erlauben, sich in Familie und Gesellschaft konstruktiv einzubringen und so zum Gelingen eines gedeihlichen Zusammenlebens beizutragen. Kinder und Jugendliche lieben und brauchen solche Aufgaben. Das folgende Gespräch mit zwei Vertretern der «Station Junger Naturforscher und Techniker Weisswasser» in der Oberlausitz, nahe der deutsch-polnischen Grenze, zeigt, wie sinnvolle Jugendarbeit aussehen kann.

Zeit-Fragen: Herr Spreer, Sie sind Vorsitzender des Trägervereins der «Station Junger Naturforscher und Techniker Weisswasser». Können sie uns etwas über die Geschichte der «Jungen Techniker» sagen?

Frank Spreer: Ich bin seit meiner Schulzeit bei den Jungen Technikern. Schon in der 9. Klasse habe ich begonnen, eine Arbeitsgemeinschaft zu leiten, und wenn man einmal angefangen hat, kommt man nicht mehr davon weg. Seit 2002 bin ich ehrenamtlich Vorsitzender des Trägervereins, des Kinder- und Jugendfreizeit e.V., der 1991 gegründet wurde. Nach der Schule habe ich hier im Braunkohle-Kraftwerk die Lehre gemacht und bis 1995 dort gearbeitet. Heute arbeite ich immer noch im Kraftwerk Boxberg, aber für eine Firma, die sich mit Gipsverarbeitung beschäftigt. Wir bekommen den Gips aus dem Kraftwerk und machen daraus Anhydrit, Calciumsulfat, das dann in der Bauindustrie zu Fliesestrich und Gipsputz verarbeitet wird.

Man mag über die Geschichte der Einrichtung Junge Naturforscher und Techniker geteilter Meinung sein, wie über das ganze DDR-Bildungssystem in Summe, zumal was die zentrale Lenkung und die Ideologie betrifft. Aber sagen wir es einmal so: Das ist jetzt bei den Einrichtungen der Bundesrepublik nicht viel anders, es wird nur eine andere Ideologie verbreitet: Geld und Konsum.

Zur DDR-Zeit gab es in jeder Kreisstadt eine Station der Jungen Naturforscher und Techniker. Die Idee war, ausserhalb der naturwissenschaftlichen technischen Bildung zu fördern. Es gab hauptamtlich Angestellte, die bezahlt wurden, aber viele haben schon damals ehrenamtlich gearbeitet. Den ehrenamt-



(Bild zvg)

lichen Teil, den Arbeitsgemeinschaftsteil, den haben wir in die jetzige Zeit herübergerettet. Wir haben eine Planstelle, die wir regulär bezahlen können, und mehrere Mitarbeiter, die bei Projekten extern finanziert werden, der Rest arbeitet ehrenamtlich. Die meisten vermitteln den Kindern ihr eigenes Hobby mit dem Ziel, ein bisschen mehr naturwissenschaftlich technisches Wissen zu vermitteln, als es die Schulen zur Zeit tun.

Damit sprechen Sie ein wichtiges Thema an. In der Schweiz ergreifen zu wenige junge Menschen einen naturwissenschaftlich technischen Beruf; die Regierung hat sogar eine Studie machen lassen, die die Ursachen untersucht und nach Lösungen forscht.

Frank Spreer: Das Problem haben wir in Deutschland auch; der technische Nachwuchs fehlt. Hinzu kommt eine sehr starke Antitechnik-Bewegung, andere sagen vielleicht Umweltbewegung. Die will uns weismachen, dass wir diesen ganzen Technik-Krempel gar nicht brauchen. Aber wenn ich mit dem Zug fahren will, braucht es Gleise, eine vernünftige Signalsicherung und alles, was dazu gehört. Die Umweltideologen sagen: Um Gottes willen, nicht bei mir. Der Windpark ist auch so umstritten, keiner will die Masten haben, aber Strom wollen alle. Deutschland will aus der Atomenergie aussteigen, doch rings um uns planen die Länder den Bau neuer Atomkraftwerke, in Polen, in Frankreich, in Tschechien und anderen Ländern. Es bleibt ihnen doch gar nichts anderes übrig, sagt einem der gesunde technische Menschenverstand. Aber wenn Politik mit Ideologie überlagert wird ...

Stuttgart 21 ist für mich das beste Beispiel: Die Projektierung hat sich über 15 Jahre hingezogen. Drei, vier Ingenieurbüros haben technische Lösungen vorgelegt, wie man es machen könnte, und wenn es losgehen soll, wird plötzlich allen pauschal vorgeworfen, sie seien vom Land Baden-Württemberg gekauft. Was soll denn das? Damit bringe ich nur die Leute auf die Barrikaden. Wenn mir die Argumente ausgehen, die ich eigentlich gar nicht habe, mache ich auf Demokratie, doch in Wirklichkeit lasse ich nur die eigene Meinung gelten und gehe mit allen Mitteln gegen das vor, was ich als das Übel der Welt ausserkoren habe.

Ich gestalte an einer freien Schule, die auf Initiative der Eltern gegründet wurde, alle 14 Tage einen Tag für Umwelt Technik. Ich habe keinen hochwissenschaftlichen Anspruch. Es geht mir vielmehr darum, das Verhältnis zwischen Umwelt und Technik näher zu betrachten und die Kinder mitzunehmen, sie zu sensibilisieren. Als in Japan diese Katastrophe war, habe ich zwei Tage später die Sache mit den Kindern angeschaut. Wenn man den Ursachen nachgeht und fragt, wie entsteht so was, was hat das für Auswirkungen, warum hat es diese Auswirkung, dann nimmt man so einer Katastrophe das Übernatürliche und fängt an, sich sachlich damit zu beschäftigen; und das ist das Anliegen unserer Arbeit: Die Schüler sollen sich Sachwissen beschaffen, bevor sie sich eine Meinung bilden, und um das zu erreichen, muss man schon mit den ganz Kleinen anfangen. Für die ganz Kleinen ist Frau Marschner bei uns zuständig.

Wie machen Sie das, Frau Marschner?

Manuela Marschner: Es geht darum, dass die Kinder Interesse bekommen für alles, was um uns herum ist. In der Vorschulgruppe fange ich oft mit dem Thema Luft an, mit einer Flasche. Die Kinder meinen, da ist nichts mehr drin, wenn man die Flüssigkeit ausgeschüttet hat. Um so mehr staunen sie dann, wenn man sichtbar macht, dass doch was drin ist, nämlich Luft, die unter Wasser blubbert, wenn man die Flasche umdreht.

Oder einfache Versuche mit Magneten. Es gibt einfache Sachen, bei denen die Kinder was über Physik erfahren, schwerer als oder leichter als oder anderes, was sie auch alleine ausprobieren können. Neugierde zu wecken gelingt uns bei den Kleinen recht gut. Einmal im Monat gehe ich in den Kindergarten oder andere städtische Einrichtungen und mache solche Projekte mit Vorschulkindern. Die Kollegen sind recht froh, dass sie mit uns zusammenarbeiten können, weil sie es mit so vielen Kindern alleine nicht schaffen.

Kürzlich hatten wir ein Projekt «Energie quer gedacht, Kilowatt». Dabei sollten die Kinder erst mal erfassen: Was ist Energie, wo ist Energie um uns herum? Sie sollten in vielen Sachen Energie entdecken, auch durch Experimente, die sie zum Teil selber entwickeln konnten. Ich bin ausgebildete Heimerzieherin für Werken und Sport. Als Nicht-Naturwissenschaftlerin lerne ich durch die Projekte selber vieles verstehen, was ich vielleicht schon wusste, aber doch nicht so richtig verinnerlicht hatte.

Wenn wir mit den Kindern hier in die Braunkohlen-Grube fahren und erfahren, wie Kohle entstanden ist und wie aus der Kohle Strom gemacht wird, dann erfahren die Kinder Sachen, mit denen sich der normale Bürger oft gar nicht so richtig befasst.

Das gibt einen anderen Bezug zur Realität.

Manuela Marschner: Aber es muss nicht nur naturwissenschaftlich sein. Wir haben jetzt ein neues Projekt, das heisst «Zeitenspringer». Dabei gehen wir der Geschichte etwas auf die Spur. Ein Thema war «Kunstschätze Weisswasser». Das klingt hochtrabend, aber wir haben festgestellt, dass die Kinder an vielen Dingen in Weisswasser vorbeigehen und nichts mehr damit anzufangen wissen, dass sie sich nicht mehr mit ihrer Stadt identifizieren.

Wir haben etwa 53 Denkmäler, davon haben wir vielleicht 20 ausgesucht und uns die Fragen gestellt: Wer hat's gemacht, warum wurde es gemacht, was war's denn mal früher, war's so gedacht, wie es jetzt ist? Zum Beispiel der Glasbläserbrunnen am Bahnhof, er war ja mal ganz anders. Wir haben Teile der Objekte fotografiert, die die Kinder mit wachen offenen Augen finden mussten. Sie sollen sich ein bisschen mehr mit ihrer Stadt befassen. Die grossen Mädels aus meiner Kreativgruppe, 5. bis 8. Klasse, haben am Anfang ein bisschen die Nase gerümpft: Na ja, Geschichte, mmh, Denkmäler. Die sind aber richtig heiss geworden. Die haben mit Zeitzeugen gesprochen, die dabei waren, als es gebaut wurde, und unser Herr Becker vom Denkmalschutz konnte enorm viel erzählen. Da kam richtig Interesse auf; man muss es nur wachkitzeln.

Ja, es ist sehr wichtig, dass die Kinder einen Bezug zu ihrer Heimat bekommen. Viele leben irgendwo im Wolkenkuckucksheim zwischen Internet und Phantasiegeschichten und haben den Bezug zum realen Leben verloren.

Frank Spreer: In den Dörfern ist das zum Teil noch ein bisschen anders. Früher hat man bei uns gesagt: Zu einem richtigen Dorf gehört eine Kirche, 'ne Kneipe, 'ne Schule und 'ne Feuerwehr. Na ja, Kneipen gibt's schon lange keine mehr, die Schulen, die als Zentrum so wichtig waren, sind inzwischen auch geschlossen, und die Kirchen sind leer. Das Wichtigste ist noch die Feuerwehr, die freiwillige Feuerwehr, wenn's die nicht mehr

gäbe, wäre manches Dorf arm dran; die organisiert sehr viel.

Ich habe gehört, dass man in den Schulen im Osten Deutschlands wieder zu solidem Unterricht zurückgekehrt ist.

Frank Spreer: Das ist so, schon eine ganze Weile. Aber viele sind sehr verunsichert. Uns wurde das System aus dem Westen übergestülpt. Dresden wurde von Baden Württemberg oder Bayern oder von beiden annektiert.

Wir sind vier Brüder, zwei sind Vermessungstechniker, einer Lehrer und ich habe im Kraftwerk gelernt. In Gesprächen habe ich manchmal den Eindruck, dass die Lehrgeneration, die in der DDR ausgebildet wurde, heute immer noch hochgradig verunsichert ist, heute nach 20 Jahren.

Dabei könnte der Westen von dieser Generation einiges lernen.

Manuela Marschner: Wir führen in unserer Einrichtung Arbeitsgemeinschaften für Kfz-Technik, Schiffsmodellbau, Elektronik. Computertechnik – also richtig zusammenbauen und auseinanderschrauben –, Computerkurse für Erwachsene, Kurse für Malen und Zeichnen – dort besteht seit über 20 Jahren ein reger Austausch mit Polen. Ich habe seit 2004 eine Kreativgruppe, da wird für den Verein etwas gemacht, zu Ostern, Weihnachten und anderen Anlässen. Wir töpfeln und keramiken. Wir wollen aber mehr und mehr vom Basteln wegkommen und praktische Arbeiten machen.

Als die Kohlegrube ausgeschöpft war, ist Vattenfall an uns herangetreten: Wir wollen wieder aufforsten und brauchen soundsoviel Nistkästen für Stare, soviel für Meisen, und soviel für Altbrüter. Dann haben wir mit den Naturkundlern die Kästen gebaut. Wir sind rausgefahren, haben sie aufgestellt und erforscht, ob es schon Spuren gibt? Wir haben alles aufgeschrieben und Karten von Büschen, Sträuchern und Bäumen erarbeitet, und geschaut, welche Tiere sich schon wieder angesiedelt haben.

Auf unserem Gelände bauen wir gerade ein grosses Hasen-Aussengehege, wo die Kinder mehr Kontakt zu den Tieren bekommen. Vergangenes Jahr haben wir den Gartenbereich erneuert und mit den Kindern eine Kräuterecke gebaut. Das Biotop muss gepflegt werden. Wir sammeln das Regenwasser auf unseren Gebäuden, und aus dem Umbau der Zisterne wurde das Projekt «Kreislauf des Wassers». Dazu laden wir auch Schulen ein. Die Kinder müssen selber was machen können: gefrieren, auftauen, verdunsten, verdichten, mit alten Bunsenbrennern hantieren, verstehen, wann ist der Gefrierpunkt, wann ist der Siedepunkt, dann begreifen sie es. Wenn wir auf dem Gelände etwas erneuern, schauen wir immer, dass wir daraus ein Angebot machen können. Auch für den Solarstrom wollen wir ein Angebot entwickeln; und so kommt immer Neues dazu. Im Sommer machen wir auch Ferienangebote.

Die Jugend braucht Aufgaben, echte Aufgaben, und wir müssen uns überlegen, wie wir das Zusammenleben gestalten wollen, damit wir nicht einen grossen Teil an die sinnentleerte Partyindustrie mit Alkohol und Drogen verlieren; eine Arbeit wie Ihre gibt da wertvolle Anregung. Sie haben hier ein herrliches Gelände. Wie finanziert sich das Ganze?

Frank Spreer: Für Gebäude und Gelände brauchen wir nichts zu bezahlen, das stellt die Stadt zur Verfügung. Wir müssen keine Pacht und keine Miete zahlen. Für die Betriebskosten wie Strom, Wasser und Unterhalt müssen wir selbst aufkommen, das müssen wir erarbeiten. Der Verein ist gemeinnützig, ein eingetragener Verein. Einige Sachen werden von der Veolia Stiftung gefördert, manche Projekte von der Deutschen Umweltstiftung. Etwas Geld kommt herein, wenn wir Teile der Gebäude oder unsere Bungalowsiedlung im Gelände vermieten. Die Geldbeschaffung ist recht aufwendig, da jedes Projekt einzeln abgerechnet werden muss.

Vielen Dank für den Einblick in Ihre beeindruckende Arbeit und weiterhin viel Erfolg. •

Zeit-Fragen

Wochenzeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach

CH-8044 Zürich

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 198.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: Volksbank Tübingen, Konto-Nr. 67 517 005, BLZ 641 901 10

A: Raiffeisen Landesbank, Konto-Nr. 1-05 713 599, BLZ 37 000

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2012 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Zürich.

Matthias Schlubeck – ein Beispiel für Lebensmut

Zum Konzert mit dem Organisten Ludger Janning und dem bekannten Panflötisten Matthias Schlubeck in der evangelischen Kirche in Aadorf TG

von Urs Knoblauch, Kulturpublizist, Fruthwilen TG



Matthias Schlubeck (Bild zvg)

In der evangelischen Kirche Aadorf TG konnten die Besucher ein grossartiges Konzert mit den beiden Musikern, dem Panflötisten *Matthias Schlubeck* und dem Organisten *Ludger Janning*, miterleben. Schon vor zehn Jahren waren sie hier zu Gast gewesen. Im wunderschönen Zusammenklang von Panflöte und Klavier- oder Orgelbegleitung öffneten sich für die begeisterten Zuhörer Welten. In einem vielfältigen und anspruchsvollen Programm wurde die Panflöte durch die Virtuosität von Matthias Schlubeck zu einem herrlichen, klassischen Konzertinstrument. Die Panflöte ist eines der ältesten Instrumente der Welt und in den verschiedensten Formen, Grössen und Materialien anzutreffen. Sie hat einen starken Bezug zur jeweiligen Volksmusiktradition in den verschiedenen Ländern. In Rumänien und Lateinamerika existiert eine reichhaltige Panflöten-Musikkultur.

Der Organist und Pianist Ludger Janning (1965) aus Dortmund studierte Kirchenmusik mit den Instrumentalfächern Orgel, Klavier und Oboe, ist als Lehrbeauftragter tätig und hat grosse kirchenmusikalische Erfolge. In seiner langjährigen Konzert-Zusammenarbeit mit Matthias Schlubeck entstanden auch Tonträgerproduktionen.

Lebensmut und Vertrauen in die eigenen Kräfte entwickeln

Matthias Schlubeck, 1973 in Wuppertal geboren, gehört zu den anerkanntesten und besten Panflötenspielern im heutigen Europa. Er hat sich auch weltweit mit seinen Konzerten im Bereich der Interpretation von klassischen Werken einen Namen gemacht. Matthias Schlubeck hat eine körperliche Behinderung: Er ist ohne Unterarme, Hände und Füsse zur Welt gekommen. Seine menschliche, positive Ausstrahlung, seine Musik und sein natürlicher Umgang sind so beeindruckend, dass dies kaum wahrgenommen wird. Mit seinem bewundernswürdigen Lebensmut, Lern- und Entdeckergeist hat er sich Unglaubliches erarbeitet. Er ist ein Symbol für unsere Zeit, die sehr viel von diesem Lebensmut erfordern wird. Schon in jungen Jahren leistete er Vorbildliches und erarbeitete sich grossartige Fähigkeiten. Als Kind hat er von seinen Eltern und Lehrern gelernt, dass neue Dinge und Aufgaben nicht von Anfang an als unmöglich anzusehen sind. Mit dem Vertrauen in seine eigenen Kräfte und in die Mitmenschen sowie der Fähigkeit, neue Situationen realistisch einzuschätzen und eigene Wege zu finden, entwickelte sich auch die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit im mitmenschlichen Zusammenwirken. Die Eltern erkannten früh, dass ihr aufgeweckter Sohn seine Behinderung gut kompensieren konnte und wollten auf keinen Fall, dass er eine Schule für Behinderte besuchen sollte. Die natürliche Integration in die Normalschule ist heute unter kundiger Anleitung glücklicherweise weit verbreitet, und in sehr vielen Fällen entwickeln sich diese Kinder ausgezeichnet.

Die Panflöte zum Konzertinstrument entwickelt

Mit dieser Lebensauffassung wurden Matthias Schlubeck als Kind und Jugendlichen zahlreiche sinnvolle Wege für seine Entwicklung eröffnet. Ein grosser Glücksfall waren seine fürsorglichen und realistisch eingestellten Eltern, ein Lehrerepaar und wichtige

Panflöten-Lehrerpersönlichkeiten, welche einfühlsam die frühe Förderung des jungen Musikers mit dem traditionsreichen Holzblasinstrument ermöglichten. Das Studium an der Musikhochschule Wuppertal schloss Matthias Schlubeck in «Instrumental-Pädagogik» und «Konzertexamen» mit sehr guten Noten ab und wurde in Deutschland der erste Musiker, der mit Panflöte den «Bachelor of Music» erwarb. Er unterrichtet seit 2010 im Hauptfach Panflöte am Institut für Musik an der Hochschule Osnabrück.

Matthias Schlubeck gelang es auch als Kind durch die grosse Unterstützung seiner Eltern, anspruchsvollen Wettkampfsport und Musik zu verbinden. Früh begann er mit dem Schwimmen als Rehabilitations-sport im Behindertensportverein, wurde später mehrfacher Meister an internationalen Schwimmwettkämpfen und errang zahlreiche Goldmedaillen, auch als Paralympics-Sieger. Demnächst finden in London wieder diese beeindruckenden Wettkämpfe statt.

Matthias Schlubeck hat seine Konzerttätigkeit seit seinem ersten Konzert 1990 ausgeweitet. In seinen bisher über 1000 Konzerten in Europa, Südamerika und den USA entstanden neuartige Orchesterkombinationen mit Harfe, Orgel, Klavier und ganzen Orchestern in grossen Konzerthäusern der Welt. Seit 2008 unterrichtet er auch an seiner eigenen Musikakademie «Alte Mühle Bellersen» in wunderschöner Umgebung mit Gästezimmern, wo Musikschule, Seminare, Veranstaltungen und Konzerte stattfinden. (www.musikakademie-bellersen.de oder www.schlubeck.com). Seine Kurse sind sehr gut besucht, und Matthias Schlubeck engagiert sich auch für qualitativ gute und einfache Kinder-Panflöten und Panflöten-Unterricht. Der Besuch eines Konzertes oder der Genuss einer CD (beispielsweise «Die ZauberPANflöte von W.A. Mozart mit M. Schlubeck und der Rumänischen Staatsphilharmonie Transsylvanien» oder «Panflöte, Violine und Barockorchester mit M. Schlubeck») wird für alle zu einem grossen Erlebnis, einer Ermutigung und zu einem Symbol und Beispiel für Lebensmut.

Zeit-Fragen: Wenn man sich mit Ihrem grossartigen musikalischen und sportlichen Werk und Wirken und mit ihrer Biographie etwas beschäftigt, ist man von Ihrem beispielhaften Lebensmut, Forschergeist und Tatendrang, Ihrer ganzen Entwicklung sehr beeindruckt. Wie begann das eigentlich, Herr Schlubeck, mit ihren Eltern, was waren die ersten Schritte?

Matthias Schlubeck: Eine grosse Rolle haben meine Eltern gespielt. Sie haben mich gefördert und zugleich machen lassen, das heisst, sie haben mir also die Möglichkeit gelassen, selber vieles auszuprobieren und auszutesten und nicht gleich gesagt: «Das geht nicht!» Das ist sicherlich sehr wichtig, gerade wenn man eine gewisse Behinderung hat. Natürlich gehört da auch ein Tatendrang dazu. Ich glaube, eine natürliche Abenteuerlust stirbt schnell ab, wenn man sie immer wieder eingrenzt und Wege abgeschnitten werden. Von daher hat sicher eine grosse Rolle gespielt, dass ich vieles ausprobieren durfte, nicht nur im musikalischen Bereich. Ich durfte schon als Kind immer draussen mit den anderen Kindern spielen, ich durfte auf Bäume klettern, auch wenn meine Eltern manchmal Angst hatten, aber sie haben mich gewähren lassen. Also ich denke, es ist sehr wichtig, selber zu sehen, welche Wege kann man gehen, welche Wege kann man sich selber auch eröffnen, wo andere vielleicht in festgefahrenen Bahnen denken, «dass man es eben so und so machen muss». Ich musste von Anfang an verschiedene Wege suchen, und das betrifft verschiedene Bereiche des Lebens, das betrifft natürlich auch die Musik.

Das ist mir aufgefallen, dass es bei Ihnen so war, dass man in Ihrer Kindheit nicht gleich zu Beginn sagte: «Das ist unmöglich!», sondern eine Offenheit und Entdeckerfreude da war, um selber Dinge zu versuchen und zu entwickeln. Ihre Eltern waren offensichtlich fürsorglich und zugleich realistisch und er-

*mutigend. Sie konnten so, Ihr Instrument, die Panflöte, entdecken. Eltern sind oft zu bemüht und überbesorgt und schneiden schnell Wege ab, die für die Entwicklung des Kindes wertvoll wären. Sicher haben auch Ihre Lehrer eine grosse Rolle gespielt, es war ja ein Lehrerepaar, das sehr wichtig für Sie war. Ja, es war so, dass ich mit 4 Jahren an die Musikschule kam, eine Zweigstelle der Musikschule Wuppertal, welche dieses Lehrerepaar leitete und dort auch unterrichtet hatte. Ich habe die musikalische Früherziehung dort begonnen und ganz normal sechs Jahre mitgemacht bei allem, was es gab. Es ist ja das Alter, wo man mit Blockflöte beginnt, das ist Standard für die musikalische Früherziehung, aber bei mir war die Blockflöte nicht möglich. Hier war die Offenheit notwendig für die Suche nach einer Möglichkeit und einem Instrument für mich. Das war sehr wichtig. Dieses Lehrerepaar hatte eine grosse private Musikinstrumentensammlung mit den Musikinstrumenten der Völker, also folkloristische Instrumente aus der ganzen Welt. In diese Museumssammlung bin ich mit den Eltern immer wieder gegangen und habe alle möglichen Instrumente durchprobiert. Bei der Panflöte habe ich sofort einen Ton rausbekommen. Es war eine kleine Panflöte aus Neuguinea mit drei Röhren, und das war der Anfang. Zuvor habe ich noch einige Schlaginstrumente ausprobiert, habe es aber schnell aufgegeben. Mit der Panflöte war es nicht einfach, aber durch den Unterricht mit *Erich zur Eck* bekam ich Freude. Es gab damals weder Informationen über Panflöten, es gab auch keine Instrumente und kein Unterrichtsmaterial. Es war von Anfang an sehr schwer, aber durch viel Einsatz dieses Lehrerepaars und der Eltern haben wir das über die Jahre geschafft. Der Lehrer hat immer ein paar Lektionen vorgearbeitet, um mir dann das beizubringen, später musste er dann die Blockflöte verwenden. So war der Anfang.*

Das ist sehr eindrücklich. Sie hatten ja später verschiedene international bekannte Panflötisten als Lehrer, wie kamen Sie zu Ihrem speziellen und eigenen Weg der klassischen Musik oder hier dem Zusammenspiel mit der Orgel?

Ich bin mit der klassischen Richtung aufgewachsen. Meine Mutter hat klassische Musik und Geige gespielt, wir hatten regelmässig unsere Streichquartette und Hauskonzerte. Wir haben auch meinen Musikunterricht auf klassische Musik und Barock ausgerichtet. Ich bin also von Anfang an in diese Musik hineingewachsen und kam gar nicht über die traditionelle Panflöten-Schiene. Das war sicherlich ein Vorteil, weil man dann nicht von Beginn an auf die traditionelle Musikrichtung der Panflöte festgelegt wurde. So konnte ich meinen Weg finden, und ich war ja auch nicht der einzige, der klassische Musik macht. Aber es ist trotzdem eine sehr grosse Entwicklung, die vor 30, 40 Jahren begonnen hat, und ich finde es spannend, mit einem der ältesten In-

strumente eigentlich ein ganz junges Instrument in der klassischen Musik zu haben. Es gibt für die Panflöte in der klassischen Musik keine Originalwerke, auch was die Literatur und Technik betrifft, gerade hier kann man neue Dinge entdecken, und generell hat man mit der Panflöte unglaublich viele Möglichkeiten in allen Musikbereichen, ein sehr spannendes Instrument.

Ihre Musik ist emotional so ausdrucksstark, direkt und völkerverbindend. Durch den vielfältigen kulturellen Hintergrund des Instruments und den Respekt vor den fremden Kulturen wirkt Ihre Musik menschheitsumspannend und leistet gerade in unseren Zeiten von Kriegen und Ungerechtigkeit auch einen Beitrag zum Frieden.

Ja, ich denke die Musik ist generell völkerverbindend, ich würde es gar nicht nur auf die Panflöte beziehen. Die Art der Panflöte und wie sie auch hier in der Schweiz gespielt wird, kommt traditionell aus Rumänien und hat dort in der Musik eine starke Verbindung. Ich finde es spannend, die Musik und dieses Instrument in einen anderen kulturellen Kontext zu bringen. Was sicher eine grosse Stärke der Panflöte ist, dass sie die Menschen sehr direkt ansprechen kann, sie hat Ähnlichkeit mit dem Gesang und eine sehr grosse Direktheit in der Tonerzeugung. Das ist sicher auch ein Grund, dass sie die Menschen aus allen Kulturen anspricht und auch grossen Erfolg in der Unterhaltungsmusik hier in Westeuropa hat, beispielsweise mit den Hirtenmelodien und den Verbindungen mit Lateinamerika. Die Stärken der Panflöte muss man auch wahrnehmen, und im schulischen Unterricht eröffnen sich oft neue Möglichkeiten und Interpretationen.

Was würden Sie Kindern und jungen Menschen in der heutigen Zeit auf den Weg geben? Wie können sie den Lebensmut, den nötigen Lern- und Forschergeist, den Sie verkörpern, entwickeln? Diese Zuversicht: «Es ist möglich, etwas zu erreichen, was unvorstellbar war.» Einen eigenen Beitrag auch zum Wohl der Menschheit zu leisten. Diesen Sinn im Leben und Lebensmut zu entwickeln, ist ja gerade für unsere Zeit entscheidend.

Ich glaube, es ist ganz wichtig, seine Stärken zu suchen und bewusst zu machen. Sofern das eben geht, ist daraus auch ein Berufsweg zu finden. Ich denke, dass viele mögliche Wege zu stark vorgezeichnet sind und dadurch viele Perspektiven verlorengehen. Ich habe das Glück gehabt, dass ich immer Unterstützung hatte in dieser Richtung. Das ist nicht selbstverständlich. Ich übe diesen Beruf schon relativ lange aus und habe immer noch sehr viel Freude daran, und das ist ein Privileg, in diesem Bereich arbeiten zu dürfen. •

Herr Schlubeck, herzlichen Dank für das Gespräch, und ich wünsche Ihnen weiterhin alles Gute.

Die ZauberPANflöte
WOLFGANG AMADEUS MOZART (1756-1791)
 Konzert in D-Dur (KV 314) • Konzert in G-Dur (KV 313)
 Arien / Duette aus "Die Zauberflöte" und "Don Giovanni"

Matthias Schlubeck, Panflöte
 Dorina Mangra, Violine
 Sandu Moldovan, Fagott

Horst-Hans Bäcker, Dirigent

Rumänische Staatsphilharmonie Transsylvanien

Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage von Matthias Schlubeck: www.schlubeck.com